Wunsiedel 2004

H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 90
Sept./Okt. 04
2,00 Euro

Antifaschistischer Protest





gegen NS-Verherrlichung



DER RECHTE RAND

Informationen von und für AntifaschistInnen

Heß-Marsch – Neonazis gegen Hartz IV – Immobilienkäufe von Neonazis – „Deutsche Stimme"-Pressefest – „Mitteldeutsche Jugendzeitung" – Neaonazizentrum in Kirtorf – Aktion „Schulhof" – VS unterstützt Anti-Antifa-Aktivitäten – 60. Jahrestag des 20. Juli 1944 – „Grabert-Verlag" und „Arun-Verlag" – Verstrickungen von Burschenschaften – Musik: Dark Wave- und Heavy Metal-Szene – Theater gegen Nazis – Rezensionen – Meldungen

In diesem Heft

Editorial

Soziale Demontage und soziale Demagogie. In West und Ost der Republik bemühen sich Neofaschisten aller Couleur um die Beteiligung an den Protesten gegen Hartz IV und Agenda 2010. Vor allem die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) und die „Freien Kameradschaften“ versuchen sich - wie in Magdeburg oder Dortmund - als „wahre Volksvertreter“ zu gerieren. Mit unterschiedlichem Erfolg: Marschierten sie in Magdeburg bei den Demonstrationen voran, wurden sie in Dortmund ausgeschlossen. Durch die Reduktion der Proteste auf Parolen wie „Hartz IV muss weg – Wir sind das Volk“ bieten sich jedoch vielfältige Anschlussoptionen für rassistische bis völkische Konzepte.

Andererseits sind die Grenzen zwischen sozialem Protest und „nationaler Opposition“ nicht ganz so fließend, wie manche Verfassungsschutzämter zu suggerieren versuchten. Geben diese Behörden sonst sofort Entwarnung, wenn die Rechte in Aktion tritt, schlugen sie diesmal gleich Alarm: „Die Rechtsextremisten werden die Proteste für ihre Propagandazwecke nutzen“. Keine große neue analytische Erkenntnis. In den letzten Jahren griffen Neofaschisten immer wieder soziale Konflikte auf und boten immer offener am historischen Nationalsozialismus orientierte Lösungskonzepte an. Die aktuellen VS-Warnungen wirken mehr als Diffamierung der Proteste denn als Analyse. Das Besondere an den rechten Aktionen erwähnen die Behörden nicht, es würde auch ihren Aussagen zur ideologischen Potenz widersprechen: Die frühere platte soziale Demagogie der Extremen Rechten wird heute mit Fakten argumentativ unterfüttert und an den Sorgen und Ängsten der Menschen ausgerichtet. Die Ergebnisse einer neuen Studie zur „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ der Bielefelder Universität deuten auf den Resonanzboden der neofaschistischen Propaganda hin: 59,1 Prozent der Befragten beispielsweise meinen, dass „in Deutschland zu viele Ausländer“ lebten und 57,9 Prozent, dass sich mit „weniger zufrieden“ geben solle, wer irgendwo neu ist. Von der Forderung „Deutsche zuerst“ sind derartige Meinungen nicht weit entfernt.

Die modifizierte Demagogie geht nicht mit einer ideologischen Relativierung der politischen Traditionen einher. Im Gegenteil: Immer unverhohlener beziehen sich gerade NPD und „Freie Kameradschaften“ auf den Nationalsozialismus: Sei es, wenn sie bei den Montagsdemos in Köthen für einen „Volkssozialismus“ auflaufen, in Bochum gegen „jüdische Gotteshäuser“ marschieren oder sich in Wunsiedel zur Verehrung des Hitler-Stellvertreters versammeln.

Dass dieser Ideologie Terror immanent ist, offenbarte mal wieder eine Wehrsportgruppe. Mit dem Ziel Ausländer zu vertreiben, verübte das neonazistische Rollkommando „Freikorps“ im Kreis Havelland zwischen August 2003 und Mai 2004 nachweislich neun Anschläge auf türkische und asiatische Imbisse. Da sich die Versicherungen weigerten mit den Besitzern wegen der häufigen Angriffe in der Region Verträge abzuschließen, stehen diese nun vor dem finanziellen Aus.

Grund genug für AntifaschistInnen, sich bei aller Solidarität für die Proteste gegen die unsoziale Regierungspolitik gegen völkische, rassistische und Faschismus verherrlichende Parolen zu wenden und für den Ausschluss von neofaschistischen Gruppen, Transparenten etc. aus den Demonstrationen Sorge zu tragen. Einer Verbreiterung der sozialen Basis faschistischer Politik muss mit Vehemenz entgegengetreten werden.

Der nächste Rechte Rand erscheint Anfang November. Redaktionsschluss ist am 12. Oktober 2004.

Termine

Am 29. September 2004 widmen sich Vorträge und Gesprächsrunden dem Verhältnis von „Medien und Rechtsextremismus in Mecklenburg/ Vorpommern“. Die Tagung finden in Göhren-Lebbin bei Waren statt.
Mehr Informationen sind unter www.lobbi-mv.de zu finden.

Heß-Marsch 2004

NPD instrumentalisiert „Freie Kameradschaften"

Das internationale Treffen von Neonazis und Faschisten um den Todestag von Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß war schon immer mehr als ein schweigendes Gedenken an einen verblichenen Nationalsozialisten. Führende Nazi-Funktionäre nutzen das Ereignis für Absprachen zukünftiger Aktionen. In diesem Jahr spielte die Wahlkampfunterstützung für die NPD bei den Landtagswahlen in Sachsen und im Saarland eine bedeutende Rolle. Die in Gotha und Wittstock eine Woche vorher von „Freien Kameradschaften" veranstalteten „Heß-Gedenkmärsche" waren eher dürftig besucht und wenig geeignet als Muster für eigenständiges von der NPD-Strategie losgelöstes politisches Handeln angesehen zu werden.

Von Raimund Hethey

Die NPD nahm zum ersten Mal mit ihrem Parteivorstand an dem Heß-Gedenk-Aufmarsch deutscher und internationaler Faschisten teil. Sie nutzte die Veranstaltung, die überwiegend von militanten Neonazis aus ganz Europa frequentiert wird, um für Unterstützung für ihre zukünftigen Wahlkämpfe zu werben. Obwohl der Anmelder, Nazi-Anwalt Jürgen Rieger aus Hamburg, das Zeigen von Parteifahnen untersagt hatte, waren etliche NPD-Fahnen zu sehen. Neben Rieger marschierten der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt und sein Stellvertreter Holger Apfel hinter dem Kopftransparent. Voigt selber hielt auf der Nazi-Kundgebung eine zentrale Rede. In den vorderen Marschblöcken marschierten mit eigenem Transparent Nationaldemokraten aus Verden und Rotenburg/ Wümme, weiter hinten die NPD-Franken und „Junge Nationaldemokraten" (JN). Dem vom „freien Kameraden" Thomas Wulff presserechtlich verantworteten vierseitigen Flugblatt „Rudolf Heß Gedenkmarsch 2004", eine Zusammenfassung der auch im Internet abrufbaren Behauptungen, Heß sei vom britischen Geheimdienst heimtückisch erdrosselt worden, war ein Spendenaufruf der NPD und eine Aufforderung als „freiwillige Helfer" die NPD im Wahlkampf in Sachsen und im Saarland zu unterstützen beigefügt. Unter der Überschrift „Möge ein politisches Erdbeben die Republik erschüttern! Spendenaufruf für den Einzug in den Landtag" bettelt der NPD-Vorsitzende in dem Aufruf um Kleinkredite und verspricht potenziellen Spendern durch ihr „finanzielles Opfer" politisch handlungsfähiger zu werden. Von den 4.700 TeilnehmerInnen, mehr kamen nach zweimaligem Durchzählen nicht heraus, auch wenn Rieger und Wulff wiederholt von über 7.000 Teilnehmern phantasierten, werden einige in den nächsten Tagen und Wochen ins Saarland und nach Sachsen reisen. Die Teilnehmerzahl ist im Vergleich zu den letzten Aufmärschen weiter angestiegen, wozu die faschistischen Abordnungen aus anderen europäischen Staaten wie Belgien, Dänemark, Großbritannien, Italien („Forza Nuova" aus Turin, „Veneto fronte Skinheads"), Kroatien, Niederlande, Österreich („Skinheads Steiermark"), Russland, Schweden, Schweiz, Slowakei, Spanien, Tschechien („Národní Odpor Brünn") und neu hinzu gekommene NPD-Verbände mit beigetragen haben mögen. Insgesamt kann der Ablauf der Veranstaltung für die Neonazis nicht als Erfolg bezeichnet werden. Im Gegensatz zum letzten Jahr prägten die Aktionen von GegnerInnen der Neonazis das Stadtbild Wunsiedels entscheidend mit. Schon vor dem offiziellen Beginn der Nazi-Veranstaltung wurde das Mitglied der Organisationsleitung des Heß-Gedenkmarsches, Thomas Wulff, von Polizeikräften bei einer Personalien-Kontrolle zu Boden gerissen und in Gewahrsam genommen. Dem kläglich um Hilfe schreienden Wulff kam keiner seiner Kameraden zu Hilfe und Jürgen Rieger wirkte in der Situation ebenfalls hilflos. Die „Kameraden", die für die Logistik (Essen, Getränke, Bühnenaufbau) zuständig waren, wie Gordon Reinholz vom „Märkischen

JN Verden in Wunsiedel 2004
Oben: „Freie Kameradschaften" unterwegs im Dienste der NPD

Heimatschutz“ oder André Kappke aus Jena ließen Wulff mit seinem Schicksal allein. Die Polizei hatte den Neonazis kurz zuvor den Zutritt zu den Festwiesen untersagt und sie aufgefordert sich mit ihrem Fuhrpark in die Innenstadt zu begeben mit dem Hinweis, dass sich dort schon „autonome Antifaschisten“ sammeln würden. Nur zögernd füllte sich die Hofer Straße, die zum Sammelplatz der Neofaschisten wurde. Die meisten Neonazis zogen es vor erst einmal in das Zentrum von Wunsiedel zu ziehen oder zum Biersaufen in den nahegelegenen „Sechsämter Hof“ zu gehen. Sieben Stunden nach dem offiziellen Beginn konnten die Neofaschisten mit ihrem „Trauermarsch“ beginnen. Zwischenzeitlich hatte Nazi-Anwalt Rieger, unterstützt von dem wieder frei gelassenen Thomas Wulff, die Veranstaltung unterbrochen und die „Kameraden“ aufgefordert in größeren Gruppen durch die Innenstadt zu ziehen. Mit einer ca. 200 Mann starken Gruppe im Hintergrund startete Wulff dann auch gegen 14.00 Uhr eine Provokation auf dem Markt, die aber am Widerstand von AntifaschistInnen scheiterte. Von herbeieilenden Polizeikräften weg getrieben, zogen



Nazi-Rieger droht Einsatzleitung mit Selbstjustiz

die Neonazis zur Kirche, an der sich antifaschistische BürgerInnen zu einem ökumenischen Gottesdienst gegen die Neonazis versammelt hatten. Auch hier wurde unter Führung von Thomas Wulff ordentlich provoziert. Einige Neonazis rissen Kleinkindern die bunten Luftballons aus der Hand und ließen sie platzen. Polizeikräfte, die das Zusammentreffen von Neonazis und AntifaschistInnen nicht verhinderten (Polizeistrategie?), trieben die Neonazis zurück. Ein Neonazi lief bei der Flucht vor der Polizei blindlings gegen eine abgeparkte Polizeiwanne und konnte daraufhin festgenommen werden. Die umherschweifenden Neonazis zogen sich nach diesen Übergriffen zu ihrem Sammelplatz zurück. Rieger führte die Versammlung weiter.



Udo Voigt als Redner

Probleme gab es bei der Verlesung von Grußbotschaften der anwesenden Fraktionen der europäischen Neofaschisten. Den Tschechen wurde kein Rederecht erteilt, weil sie sich nicht für „Vertreibungsverbrechen“ entschuldigen wollten und eine „ostmärkische Kameradschaft“ zog ihren Beitrag zurück, weil russische Neofaschisten reden durften. Nach diesem Hickhack wurde der Aufmarsch gegen 16.30 Uhr begonnen. Nach wenigen Minuten mussten die Neonazis vor einer Blockade von etwa 150 BürgerInnen aus Wunsiedel halt machen. Es kam zu einer weiteren dreißigminütigen Verzögerung, während der Nazi-Anwalt Rieger einem leitenden Polizeioffizier damit drohte, dass seine Leute das Hindernis beiseite räumen würden, wenn die Polizei das nicht in den nächsten zwanzig Minuten erledigen würde. Den Hinweis des Einsatzleiters, dass er als Rechtsanwalt wissen müsse, dass „wir“ in einem Rechtsstaat leben, quittierte Rieger mit einem genervten Grinsen. Nach der friedlichen Räumung der Sitzblockade, angeführt vom CSU-Bürgermeister Karl-Willi Beck und seinem Stellvertreter Mathias Popp unter Beteiligung von zwanzig Stadträten, etlichen Jugendlichen von der sehr aktiven „Jugendinitiative gegen Rechtsextremismus“ sowie Vertretern der Kirchen und von GewerkschafterInnen, zogen die Neofaschisten langsamen Schritts und überwiegend schweigend weiter. Vom Dach eines Hauses berieselte eine Konfetti-Kanone manche Glatze und aus einem Haus wurden sie mit Karnevalsliedern („Kölle Alaaf“) beschallt. Die Hauptstraße schmückten Transparente, die SchülerInnen angefertigt hatten, darin versteckt Konfetti-Beutel, Lautsprecher und Blinkleuchten, die den Nazi-Aufmarsch der Lächerlichkeit preisgeben sollten. Auf Geheiß der Polizei musste die städtische Feuerwehr sämtliche Transparente „entschärfen“. Auf Höhe des Marktplatzes, auf dem sich überwiegend BürgerInnen aus dem Landkreis Wunsiedel versammelt hatten, durch Polizeigitter von linken AntifaschistInnen aus überregionalen Zusammenhängen getrennt, wurden die Neonazis mit Sprechchören und Buhrufen empfangen. Zum ersten Mal nach drei Jahren hatten antifaschistische Gruppen wieder nach Wunsiedel mobilisiert. Ihre Anwesenheit sorgte dafür, dass die Neonazis zu keiner Zeit das Gefühl haben konnten, Wunsiedel sei an ihrem Heß-Tag eine „national befreite Zone“. Nach der Auflösung ihrer Veranstaltung schwärmten einige Neofaschisten in die Innenstadt aus, um ihrer Wut über den antifaschistischen Widerstand und über das Verbot der Stadt, den gewohnten Sammelplatz am Bürgermühlweiher zu nutzen, Ausdruck zu verleihen.

Der sich weiter entwickelnde antifaschistische Widerstand vor Ort könnte die Neofaschisten dazu zwingen, ernsthaft über einen Ortswechsel ihrer Großveranstaltung nachzudenken. Einige Neofaschisten sprechen schon davon, den „Heß-Marsch“ nach Berlin-Spandau zu verlegen, weil Heß dort verstarb und die Gründe, die für Wunsiedel als Veranstaltungsort sprachen, nach dem Anschluss der DDR an die BRD obsolet geworden sind. Die überregional agierende Antifa, die sich für dieses Jahr vorgenommen hatte, „wieder in der Region Fuß zu fassen, (um) ein politisches Symbol gegen den Heß-Marsch zu setzen und eine Perspektive für die antifaschistische Arbeit der nächsten Jahre zu eröffnen“ [Aufruf zur Kundgebung der Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen!“], muss Mittel und Wege finden, um mit dem örtlichen Widerstand zusammenzuarbeiten. Vielleicht könnte mit Hilfe einer kulturellen Großveranstaltung, die Zehntausende nach Wunsiedel lockt, das Ende der Riegerschen Heßmärsche eingeläutet werden.

NPD-Abspaltung kandidiert

Mit der Bezeichnung „Ja zu Brandenburg“ kandidiert ein Ableger der „Bewegung neue Ordnung“ (BNO) für den Brandenburger Landtag. Die BNO um den Ex-NPD-Kreisvorsitzenden Mario Schulz aus Cumlosen hatte sich Anfang des Jahres aus Protest gegen die Nominierung des aus Bosnien stammenden Safet Babic für die EU-Wahl von der NPD abgespalten. Als Direktkandidat für „Ja zu Brandenburg“ tritt nun der Landwirt Lutz Meyer aus dem Altkreis Neuruppin an.

„Volkssozialismus“ statt „Verelendungsprogramm“

„Hartz muß weg“, „Arbeit statt Hartz IV“ und „Uns reichts!“. In diesem Sommer treibt der Unmut über die Sozialreform und die Sorge vor der Fusion von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe tausende Menschen auf die Straße: Ost und West, Mitte und Unten, Links und Rechts.

Von Jan Körper und Andreas Speit



Magdeburg: Neonazis übernahmen am 02.08.2004 kurzfristig die Demospitze

„Wir sind das Volk!“ schall es wieder jeden Montag vor allem auf ostdeutschen Straßen. Die Kritik an dem Labeling „Montagsdemos“ von ehemaligen DDR-BürgerrechtlerInnen und die Diffamierung des Protests als „unberechtigt“ von einigen Politikern verschärften nur den Unmut gegen „die da oben“. Mal wieder fühlen sich nicht nur die etwa drei Millionen Menschen, die direkt von den Reformen betroffen sind, von der Politik nicht ernst genommen. Ein „Grundgefühl von Zweitklassigkeit“ entsteht besonders im Osten, verwoben mit dem Gefühl der totalen Entwertung der DDR-Biographien. Mit Politikverdrossenheit hat dieser Straßenprotest allein wenig zu tun. Mehr jedoch mit einer Systementtäuschung. „Die Partei- und Gewerkschaftsbonzen nehmen uns alles“, schimpft ein arbeitsloser, älterer Mann am Mikrophon in Leipzig, ebenso wie eine junge Frau in Dresden: „Die da oben nehmen uns jede Würde“. Die Ungleichheit bei der Verteilung der Lasten der Reform läßt Hartz IV als „Roadmap“ zum sozialen Abstieg erscheinen. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob die Aufregung um Hartz IV so verliefe, wie die Beschwerden bei der Selbstkostenbeteiligung im Krankheitsfall. Wieder haben bunte Boulevard-Blätter mit fetten Lettern wie „Jetzt sind die Sparbücher der Kinder dran“ die Ängste geschürt. Auf den zweiten Blick – räumen mittlerweile Politik- und Parteienforscher ein – offenbare sich jedoch, dass der Protest das „kaum gefestigte Politikgefüge in Ostdeutschland ins Rutschen“ bringe. Diese Erschütterungen werden auch dann im privaten Denken nachwirken, wenn die öffentlichen Proteste verklungen sein dürften. In dieser Atmosphäre von Partei- und Systemverdrossenheit über Existenzangst und Sozialneid bis hin zu „Deutsche-zuerst-Vorstellungen“, versucht die extreme Rechte aller Couleur weiter Akzeptanz zu erringen. Nach 1989 besteht die Gefahr, dass mit der Parole „Wir sind das Volk“ eben auch das „Deutsche zuerst“ mitschwingt. Kaum waren die ersten Neonazis auf den „Montagsdemonstrationen“ erschienen, warnten Verfassungsschützer, die sonst schnell Entwarnung vor dem „Rechtsextremismus“ geben, dass „Rechtsextremisten“ die Proteste „für ihre Propagandazwecke nutzen“ wollten. Auch wenn dieses eher nach Diskreditierung als nach Analyse klingt, wurde offensichlich, dass bei den Protestaktionen in Berlin, Magdeburg, Dresden, Gera oder Jena vor allem die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) und die „Freien Kameradschaften“ versuchten sich als „wahre Volksvertreter“ zu gerieren, die die „Ausbeutung des Volkes“ durch Harz IV verhindern würden. Mit unterschiedlichem Erfolg: In Magdeburg konnten 80 Neonazis am 2. August zeitweise ungestört die Demonstrationsspitze bilden. In Köthen meldete der „Republikaner“-Kreisvorsitzende Mirko von Theodor die Montagsdemo an. Über 500 Menschen folgten am 4. August dem Führungstransparent „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“. Ungehindert konnte in Suhl der „Thüringer Heimatschutz“ sowohl am 2. als auch am 9. August mit Transparenten an den Protesten teilnehmen und Flugblätter des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland“ (NSAB) und „Radio Freiheit“ (RF) verteilen. Lediglich einige Mitglieder der DGB-Jugend und Punks versuchten zu stören, was im gesamten Demonstrationszug auf ein geteiltes Echo stieß. Weniger Akzeptanz fanden die Rechten in Jena und Dresden. Als in Jena die NPD am 16. August versuchte, parallel zur großen Demonstration einen kleinen Protest der „Initiative gegen Hartz IV“ zu bestimmen, wurde die Aktion beendet. Der NPD-Kreisvorsitzende Ralf Wohlleben meldete sofort eine Spontandemo an, an der sich etwa 20 Gleichgesinnte beteiligten. In Dresden drängten am 9. August beherzte TeilnehmerInnen einen Block von über 60 NPD-Anhängern zu Beginn aus der Demonstration. Der Hinwendung der Rechten zu den Protestaktionen ging eine Auseinandersetzung mit der Sozialen Frage voraus. Seit Monaten bemühen sich NPD und „Freie Kameradschaften“, die Soziale Frage mit neonazistischen Antworten zu „lösen“. Von der „Deutschen Stimme“ (DS), der Parteizeitung der NPD, bis „Widerstand.com“, einer Website des Netzwerks der „Freien Kameradschaften“, finden sich etliche Beiträge, die verschiedene Details über die Auswirkungen der Streichung staatlicher Leistungen behandeln. Neu sind ihre Bemühungen, die ökonomischen Konflikte durch neonazistische Konzepte zu lösen, nicht. Neu ist jedoch, dass die eindeutig neonazistischen Parolen peu à peu mit vermeintlich sozioökonomischen Argumentationen untermauert werden. So wird in einen 12-Seiten-Papier der NPD Langzeitarbeitslosen vorgerechnet, wieviel Geld sie künftig erhalten würden. Betroffenen wird aufgelistet, wieviel Geld sie behalten und verdienen könnten. In einer Flugschrift der „Nationalen Op-

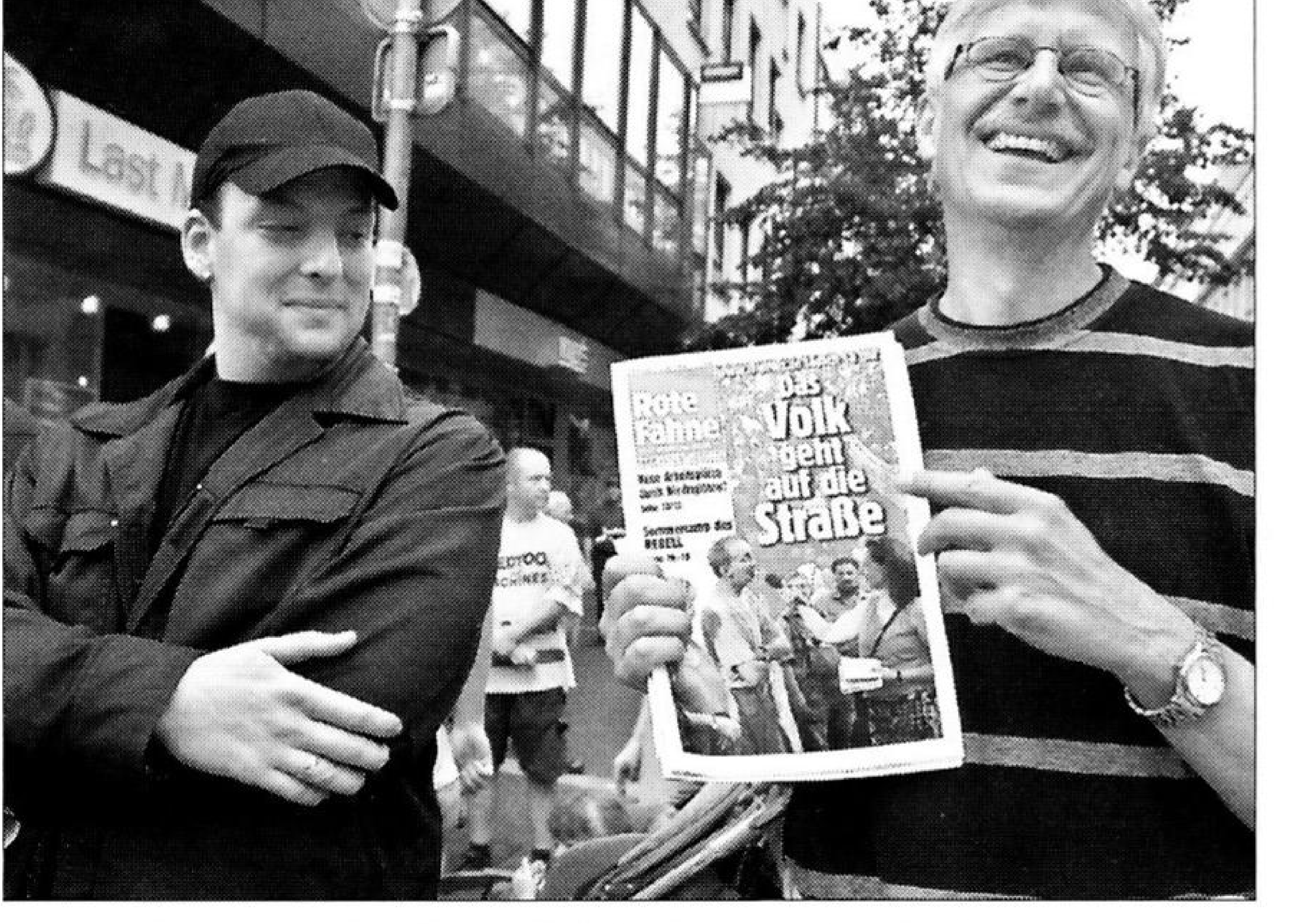
position“ wird dargelegt, dass der Staat auf die „Lebensversicherungen“, Sparkonten, Bargeld, Auto, Münzsammlungen, Erbstücke usw.“ zugreifen will und damit die Menschen in „die Armut“ stürze. Mit dieser Argumentation, dem Aufgreifen tatsächlicher Fakten zu Beginn der Schriften, gerieren sich die Neofaschisten als Vertreter des „einfachen Mannes“, dessen Sorgen und Ängste ernst genommen werden. Aus diesen Daten und Fakten folgt auch das Anführen von links-sozialen Überlegungen wie die „existenzsichernder und sinnstiftender Arbeit“, der Gefahr der „Lohndrückerei“ durch „Niedrigstlöhne“ und der Forderung nach der „Wiedereinführung der Vermögenssteuer“. Diese Kombination von Fakten, die vermeintlich alle betreffen, und Thesen aus linken und gewerkschaftlichen Kreisen finden sich auch in den Flugblättern von NASB und RF. In der DS (7/2004) holt Martin Laus weiter aus als die „Freien Kameradschaften“, wenn er auf ein preistheoretisches Kriseninterpretationsmuster zurückgreift. Ähnlich der gewerkschaftlichen Argumentation wirft er die Frage auf, „wie bei sinkenden Einkommen die Binnennachfrage gestärkt werden soll“. Schließlich seien die „drei Milliarden Euro, die bisher mehr ausgeschüttet wurden, nahezu direkt in den Konsum geflossen, da sie Personen zugute gekommen (wären), deren Sparquote aufgrund des geringen Einkommens äußerst gering ist“. Gleichwohl geht es den Neonazis nicht nur um die Rücknahme von Hartz IV. Viel mehr steht ein „Systemwechsel [an]: Die liberale Marktwirtschaft ist durch ein sozialistisches und volkswirtschaftliches System zu ersetzen“. Ein „volkssozialistischer Staat“, wie es der NASB nennt, soll das deutsche Volk retten. Zu diesem deutschen Volk gehöre dann weder das vom „schaffendem Kapital“ abgetrennte „vaterlandslose Spekulationskapital“, mit dem es „in der BRD nach dem Vorbild USA immer weniger regulär entlohnte Arbeit geben“ würde, noch die „Millionen unwillkommener Ausländer“, welche „immer noch Leistungen beziehen, ohne jemals einen Pfennig eingezahlt zu haben“. Das „Verelendungsprogramm der Etablierten“ will der RF indes dadurch stoppen, dass „Sand ins Getriebe des maroden und korrupten Systems“ gestreut und eine „nationalen Partei bei den vielen kommenden Wahlen“ gewählt wird. Das NASB denkt mehr an eine national befreite Wirtschaftszone: Hier „hat die Wirtschaft dem Volk zu dienen“, denn „Arbeit ist wichtiger als Kapital“ und „der natürliche Lebensraum ist wichtiger als die Weltwirtschaft“. Den Flugschriften der Rechten ist gemein, dass sie am Ende meistens erst ihren neonazistischen Gehalt durch rassistische Forderungen offenbaren. Doch auch diese werden ganz im Tenor der Ressentiments in der „Mitte der Gesellschaft“ vorgetragen. „Wir brauchen eine Politik, die Arbeit für Deutsche schafft. Deshalb fordern wir ein Ende der Lohndrückerei“, erklärt die „Nationale Opposition“ für ihre Verhältnisse moderat und betont etwas prägnanter: „Wir fordern die Rückführung hier lebender Ausländer“. Bei einigen Organisatoren des Protestes - von sozialpolitischen Aktionsbündnissen bis hin zu Gewerkschaften - wird längst eine politische Debatte für die praktische Distanzierung gegen Rechts geführt. Kein Grund für Brandenburgs Regierungsvize Jörg Schönbohm (CDU) nicht zu erklären: „Die PDS nutzt die Fehler der rot-grünen Bundesregierung für eine gnadenlose Diffamierungskampagne, die der DVU oder NPD in nichts nachsteht“.

Wir sind das Volk?

Auf den Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV der vergangenen Wochen suchte sich die extreme Rechte mit mehr oder minder großem Erfolg in Szene zu setzen. Bei NPD und Kameradschaften stieg die soziale Frage indes zum zentralen Agitationsthema auf.

Von Jan Raabe und Christian Grünert

Domplatz Magdeburg am 9. August: Gerade will sich der Demonstrationszug gegen Hartz IV in Bewegung setzten, da taucht aus der Seitenstraße eine Gruppe von ca. 60 Neonazis auf und versucht sich, wie eine Woche zuvor, an die Spitze zu setzen. Ihr Transparent trägt die Aufschrift: „Den Volkszorn auf die Straße tragen – Gegen Hartz IV“. Zwar wurden die Rechtsextremisten von der Polizei daran gehindert, das Bild der Demonstration zu dominieren, dennoch konnten sie ihre Flugblätter ungehindert an die Teilnehmer verteilen.



Claus Cremer (li.), NPD NRW Vorstandsmitglied und Kreisvorsitzender der NPD Wattenscheid, in Dortmund

In der Vorwoche hatte in Köthen/Anhalt der örtliche Kreisverband der „Republikaner“ (REP) zum Protest gegen Hartz IV aufgerufen. Einem von einer „Privatperson“ verfassten Aufruf folgten fast 500 Menschen. Auch in Merseburg und Weißenfels spielten Neonazis bei der Mobilisierung gegen Hartz IV eine tragende Rolle.

Welches Verhältnis besteht zwischen der Mehrheit der Demonstrierenden, die vom „Spiegel“ als „ostdeutsche Normalos“ bezeichnet werden und den Neonazis? Welchen Inhalte tragen diese „Normalos“ auf die Straße? Wie und in welchem Umfang können Neonazis die Proteste nutzen? Hier ist festzustellen, dass die präsentierten Inhalte der Demonstrationsteilnehmer sich allein auf das Harz IV Gesetz beschränken. Zudem machen die Demonstranten aus ihrer ablehnenden Haltung gegenüber allen etablierten Organisationen keinen Hehl. Dies trifft sowohl auf Parteien, wie SPD, CDU, FDP und teilweise auch auf die PDS ebenso wie auf die Gewerkschaften zu. Die beiden letztgenannten Organisationen hatten auf jeweils längerfristig angelegte, eher institutionell zielgerichtete Protestkampagnen ab September und die rechtliche Beratung der Betroffenen gesetzt und wurden von der Massivität der Proteste überrascht. In Ostdeutschland verfügen die Gewerkschaften ohnehin über einen nur prekär zu nennenden Organisationsgrad. Die Gründe hierfür sind die hohe Arbeitslosigkeit und die Enttäuschung vieler Mitglieder, dass die Gewerkschaft der De-Industrialisierungspolitik der 90er Jahre nichts entgegen zu setzen hatte. Die Ablehnung etablierter Organisationen befördert tendenziell das eindimensionale „Wir hier unten, die da oben“ Schemata.

Diese relative politische Diffusität der Proteste eröffnet der extremen Rechten sowohl inhaltlich, als auch organisatorisch einen Raum, den sie jedoch momentan weder qualitativ, noch quantitativ ausfüllen kann. Dennoch sehen sich die Neonazis bei ihrem selbstbewußten Auftreten als Volkes Stimme. Dass sie sich nicht als diese gerieren konnten und in Magdeburg nicht an der Spitze der Demonstration marschierten, lag nur am Polizeieinsatz, der sie am Ende der Demonstration plazierte.

Riegers Imperium

Noch herrscht Ruhe auf dem Heisenhof in Dörverden. „Hier hat sich bisher noch niemand sehen lassen", erzählen die Anwohner gespannt. Wenn es aber nach dem neuen Eigentümer, dem Direktor der „Wilhelm Tietjen Stiftung", Jürgen Rieger aus Hamburg geht, dann soll sich das sehr bald ändern. Der Neonazi erzählte jüngst, dass er dort nun doch nicht erst in zwei Jahren aktiv werden wolle. Über seine genauen Pläne schweigt er sich jedoch weiterhin aus. Im Interview mit „Report München" hat seine Lebensgefährtin, Stiftungs-Geschäftsführerin Theda Ites mittlerweile eingeräumt, dass der Heisenhof durchaus zum Treffpunkt für Riegers Anhänger werden könne.

Von Andrea Röpke

Nach den vielen Medienberichten über Jürgen Riegers rechten Coup verzog der sich zunächst zum Baden mit Kind und Kegel auf sein Gehöft nach Schweden, inzwischen ist er wieder in Hamburg und mit der Organisation des „Rudolf Heß-Marsches" in Wunsiedel beschäftigt. In Dörverden und auch im thüringischen Pößneck, wo die Tietjen-Stiftung bereits Ende 2003 ein „etliche Tausende Quadratmeter großes Hotel" mit mehreren Sälen, Gaststätte und Diskothek ersteigert hat, ließ er sich noch nicht wieder blicken.



Heisenhof in Dörverden

Neue Immobilien in der Gegend um Verden

Inzwischen sickert aber durch, dass Riegers Imperium weitere Immobilien im Bremer Umland umfasst. So berichtete das niedersächsische Innenministerium dem „Weser-Kurier" von einem Mehrfamilienhaus in Osterholz-Scharmbeck und einer großen, angemieteten Scheune im Landkreis Rotenburg. Die befindet sich mitten im kleinen Dorf Stemmen und beherbergt seit Anfang 2001 seinen Wehrmachtsfuhrpark inclusive Kübelwagen und LKW.

Das Landesamt für Verfassungsschutz in Hannover behauptet jedoch weiterhin, es sei „Zufall", dass Riegers Wahl ausgerechnet auf den Landkreis Verden fiel.

Dabei ist bekannt, dass sowohl die „Freien Nationalisten" als auch NPD-Aktivisten aus dem Bremer Umland über beste Kontakte nach Hamburg verfügen und immer wieder für Ordnerdienste bei Demos eingesetzt werden. Schon lange scheint die Gegend um Verden Rieger magisch anzuziehen. Kürzlich veröffentlichte er eine Huldigung an die NS-Kultstätte „Sachsenhain", wo angeblich tausende Sachsen von Karl dem Großen niedergemetzelt wurden. Auch hatte Rieger über Jahre hinweg seinen treuen Mäzen Wilhelm Tietjen im Süden Bremens besucht.

Riegers rechte Geldgeber

Dessen kleiner grauer Findling steht dicht an der Hecke, ganz am Rand der heidnischen Ahnenstätte in Conneforde. „Wilhelm Tietjen", die Buchstaben sind schlicht in den Stein geritzt, darunter Runen. Er soll an den vor zwei Jahren verstorbenen Bremer Lehrer Wilhelm Tietjen erinnern. Der war nicht nur einfaches Mitglied in Riegers „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" (GfbAEV), sondern hinterließ den Kameraden Millionen.

Völlig zurückgezogen hatte der alte Mann in einem kleine, verwucherten Häuschen im Stadtteil Hemelingen gelebt. „Zuletzt sah er aus wie ein Waldschrat", erzählen die Nachbarn. Den einzigen Besuch, den Tietjen noch ins Haus ließ, war sein „Freund aus Hamburg", Jürgen Rieger. Der kam desöfteren, erinnern sich Nachbarn, er sei auch Kontobevollmächtigter des alten Mannes gewesen. Genauso sprichwörtlich wie der Geiz des Wilhelm Tietjen gewesen sein muss, soll auch sein erspartes Vermögen sein. „Mein Großonkel spekulierte mit Aktien", erzählt die Nichte, „mittags mussten wir eine halbe Stunde mucks-mäuschenstill sein, dann hörte er die Aktienkurse im Radio ab". Tietjen ging es natürlich nur um deutsche Aktien: BASF, Daimler, Hoechst oder VW.

Bereits in den 1920er Jahren unterrichtete Tietjen als Entwicklungshelfer für zwei, drei Jahre an einer deutschen Schule in Kabul. 1932 trat er der NSDAP bei, später versuchte er in die SS aufgenommen zu werden. Feldpostbriefe an Tietjen weisen ihn dagegen als „Flieger" bei der „Kraftfahrtausbildungsstelle der Fliegertruppe 12" aus. 1945 wurde der Offizier der Luftwaffe kurzzeitig von den Alliierten inhaftiert, weil er laut Wehrmachtsauskunftstelle Parteischulungen durchgeführt hatte.

Tietjens Frau stammte aus einer vermögenden Familie in Bad Zwischenahn, an seiner Seite führte sie das Leben einer Einsiedlerin. Allen Nachbarn erzählte er, dass die gelernte Hebamme keine Kinder bekommen könne. „Dabei hatte Wilhelm Tietjen sich in Kabul eine Geschlechtskrankheit zugezogen und wurde zeugungsunfähig", berichtet seine Großnichte heute. Den Verwandten berichtete er

stolz von seinem Verein, von Rieger und den gemeinsamen Plänen eine Art Lebensborn aufzuziehen. „Wir haben eigene Forscher", soll Tietjen bereits in den 1980er Jahren erzählt haben und „der Rieger hat ein Haus in Finnland, in der Nähe von Turku gekauft, das muss noch renoviert werden und dann geht es los".

Die Familie bekam nichts von den Millionen des Wilhelm Tietjen. Bereits zu Lebzeiten unterstützte er die rechte Szene mit größeren Beträgen, Nachbarn sahen einen Scheck über 10.000 Euro an die GfbAEV. Eine nahe Verwandte behauptet, dass Tietjen Riegers Schlosskauf in Schweden mit einer großen Summe unterstützte. Nach Tietjens Tod im Januar 2002 soll Jürgen Rieger das Testament des reichen Gefährten gesucht haben. Ein Nachbar, der Tietjen betreut hatte, verriet ihm das Versteck in der Hemdtasche des Toten. Rieger verkaufte Tietjens Haus für etwa 145.000 Euro an einen türkischstämmigen Bremer. Er gründete die „Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation Ltd" in London, setzte sich als Direktor und seine Lebensgefährtin Theda Ites als Stellvertreterin ein.

Rieger ist auch in der rechten Szene nicht unumstritten für seinen erfolgreichen Zugang zu Erbschaften. „Der jagt doch nur dem Geld hinterher", erzählt ein ehemaliger Weggefährte, der rechte Versandhändler Uwe Berg.

Auch Helmut Cruse aus Hamburg-Harburg war bei seinem Tod viel daran gelegen, dass Jürgen Riegers Vereine einen Teil seines Vermögens erhalten sollten. Ältere Nachbarn im kleinen Ort Kakenstorf bei Tostedt erinnern sich noch an die „Herrenabende" mit Naziliedern im Garten der Cruses. Das Haus gehört heute dem Verein „Mütterdank e.V.", dessen Vorsitzender Jürgen Rieger ist. In dem Haus werden kinderreiche deutsche Familien untergebracht. Riegers Verein besitzt noch ein weitaus größeres Mehrfamilienhaus in Harburg, dort ist auch die Geschäftsstelle der genau sieben Personen starken Gruppierung untergebracht.

Steuern sparen über Mildtätigkeit

Dieses Haus stammt ebenfalls aus dem Erbe von Helmut und Wilma Cruse. Im Interview mit Spiegel-TV räumte die langjährige Schatzmeisterin Helga-Lena Grehn ein, dass sie nicht viel über den Verein „Mütterdank" weiß, sie erledigt nur, was Rieger ihr aufträgt.

Aktivitäten gebe es kaum, eine ihrer Aufgaben sei es die Mieteinnahmen für das Finanzamt aufzustellen. Dann erzählt die Rentnerin unglaubliches: Mütterdank e.V. sei mildtätig und damit auch steuerbegünstigt.

Unter dem Deckmantel der Mildtätigkeit könnte der wegen Volksverhetzung verurteilte Neonazi Jürgen Rieger – nachdem zwei seiner Vereine bereits verboten wurden – weiterhin Tausende an Euro Körperschaftssteuer gespart haben. Immerhin wird die Gemeinnützigkeit von „Mütterdank e.V." derzeit geprüft.

Ignorieren statt Informieren

Obwohl Rieger seit langem einen seiner Handlungsschwerpunkte in Niedersachsen hat – bis 1998 betrieb er das Schulungszentrum in Hetendorf, seitdem trifft sich seine „Artgemeinschaft" immer noch zu den Sonnwendfeiern in der Lüneburger Heide - interessieren sich die niedersächsischen Behörden herzlich wenig für sein unmittelbares Umfeld. „Mütterdank? Kenne ich nicht", antwortete ein niedersächsischer Verfassungsschützer auf erneute Medienanfrage dem „Weser-Kurier".

Nationales Erholungsheim oder rechte Geldanlage?

Über mangelnde Informationspolitik der Verfassungsschützer beklagen sich auch Lokalpolitiker in Thüringen, nachdem bekannt wurde, dass Rieger auch hier ungehindert zuschlagen konnte. In Pößneck an der Orla erwarb er für 360.000 Euro das große Schützenhaus im Namen der „Wilhelm Tietjen Stiftung". Auf die Frage nach dem Verwendungszweck gibt der rechte Anwalt „Vermögensanlage" an, eine „explizit politische Nutzung" des Gebäudes sei nicht vorgesehen. Auch sollen dort keine Aktivitäten in Richtung des Stiftungszweckes „Fertilisation" bzw. Stammzellenforschung anstehen. Dem „Freien Wort" verriet er: „Bislang war das Stiftungsvermögen ausschließlich in Aktien angelegt. Wegen der fallenden Kurse an der Börse haben wir uns zu Umschichtungen entschlossen".

Bürgermeister und Betroffene im thüringischen Pößneck fragen sich weiterhin, warum Riegers Wahl gerade auf ihre kleine Stadt fiel.

Aber auch in der Gegend um Pöß-

Ein Anwesen für die BDVG

Von Robert Andreasch

In der baden-württembergischen Gemeinde Rosenberg-Hohenberg (Ostalbkreis) hat der frühere NPD-Schulungsleiter Andreas Thierry im Frühjahr 2004 für 45 000 Euro den ehemaligen Landgasthof „Goldenes Kreuz" gekauft. Wie Thierry angibt, um dort „Wohneinheiten" einzurichten, vielleicht aber auch ein Schulungszentrum, wie AntifaschistInnen und LokalpolitikerInnen annehmen. Auch wenn der Neckarwestheimer Lars Käppler, Bundesvorsitzender der „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) schriftlich beteuert, „unrichtig ist nach meinen Informationen, dass die BDVG hinter dem Hauskauf steht, noch sonst irgendein Zusammenhang besteht" – ist dieser Zusammenhang mit der BDVG doch offensichtlich. Der Österreicher Thierry ist Autor und Beirat der BDVG-Zeitschrift „Volk in Bewegung" und trat bei der BDVG mehrfach als Redner auf, zuletzt beim sog. „Tag der Gemeinschaft" am 30.05.2004 in der Sängerhalle in Stuttgart-Untertürkheim. Die Gemeinde Rosenberg-Hohenberg ist der Kreisstadt Ellwangen/Jagst benachbart, wo sich mittlerweile die Postfachadresse des BDVG-Verlages „Volk in Bewegung" und auch ein sog. „Gruppenverband" der BDVG befindet. Im Februar 2000 hatte in Ellwangen mit einem Auftritt von Franz Schönhuber und Gerd Sudholt eine der ersten größeren BDVG-Veranstaltungen überhaupt stattgefunden.



BDVG-Immobilie in Hohenberg

Zur Zwangsversteigerung beim Amtsgericht Aalen tauchte Thierry mit den Ellwangern Ralf Brunner und Michael Weber auf, die schon früher versucht hatten, das Anwesen zu erwerben. Brunner und Weber sind neben Lars Käppler ebenfalls Bundesvorsitzende der BDVG. Ralf Brunner wurde bis vor wenigen Wochen neben Lars Käppler als Geschäftsführer des BDVG-Versandes „weltnetzladen.com" geführt. Weber und Brunner haben bereits begonnen, das ehemalige „Goldene Kreuz" zu räumen und zu renovieren. Von Hohenberg aus sind es übrigens nur wenige Kilometer bis ins hohenlohische Schwäbisch-Hall, dem bevorzugten Aufmarschort der BDVG. Für den 11. September, den 3. Jahrestag des Terroranschlages auf das World Trade Center in New York (!) mobilisiert die BDVG dorthin zu einem antiamerikanischen Aufmarsch unter dem unverhohlenen NS-Motto „die USA sind unser Unglück".

neck an der Orla finden sich keltische Hügelgräber und Siedlungsreste, doch vor allem bestehen hier kleine feste Alt- und Neonazi-Strukturen. Jüngst wurde ein JN-Stützpunkt gegründet. Früher traf man sich in der „Rhabarber-Schänke", erzählen örtliche Antifaschisten. Dessen ehemaliger Betreiber soll inzwischen Türsteher in der Schützenhaus-Diskothek „Kulti" sein. Rieger duldet den deutschen Musik-Betrieb weiterhin. Dem Mieter des ausländischen Imbisses dagegen kündigte er den Pachtvertrag. Er halte eine „Döner-Gaststätte" in seinem Schützenhaus für „unpassend", soll er der Stadtverwaltung mitgeteilt haben. „Ich habe Angst", beschrieb der Gastwirt der Lokalzeitung „Das Freie Wort" seine Gefühle gegenüber dem neuen Besitzer. Über die Jahre hinweg habe er eine Menge Geld in den Restaurantbetrieb gesteckt und jetzt wollen „die mich hier weg haben." Den Stadtoberen in Pößneck scheint Rieger zwar einen gehörigen Schreck eingejagt zu haben, aber ein koordiniertes, politisches Herangehen an das Problem ist noch nicht in Sicht. Die Stadtverwaltung hat ein Auge auf die sanitären Anlagen geworfen, denn bisher verfügt das Schützenhaus nur über eine einzige Toilette im Keller. Jeder neue Pächter könnte daher beauflagt werden, weitere Einrichtungen zu schaffen, raunt es aus dem Rathaus. Die Baugenehmigung dafür würde wohl Zeit brauchen.

Immer mehr Fakten ergeben, dass der umtriebige Hamburger Neonazi inzwischen über ein beträchtliches Millionen-Vermögen verfügt. Rieger hat aus seiner Hetendorf-Misere gelernt, denn anders als beim Verbots- und Enteignungsfall „Hetendorf" können staatliche Instanzen nicht an das Geld der britischen „Tietjen"-Stiftung. Vielleicht ist die Stiftung aber auch nichts anderes als eine sichere Steuersparanlage, mit deren Hilfe weniger Erbschaftssteuern gezahlt werden. Dennoch soll es Möglichkeiten geben, denn auch der Aktivitätsspielraum einer ausländischen Stiftung könne in der Bundesrepublik restriktiv gehandhabt werden, sagen Experten.

Riegers Traum von der Züchtung vieler kleiner reinrassiger Germanen mag Hirngespinst bleiben - obwohl er sicherlich über ein gewisses medizinisches und wissenschaftliches Anhänger-Potential verfügt - seinem Ziel jedoch, eine starke arisch-germanische Siedlungsbewegung mit eigenem Machtbereich zu etablieren, kann er mit Hilfe des Nazi-Reichtums sicherlich näher rücken.



Neonazi am Zapfhahn

In der Nähe der Hansestadt Lübeck ist ein neuer Neonazistreff entstanden. Seit März diesen Jahres hat die Landgaststätte in dem beschaulichen Dorf Heilshoop einen neuen Pächter: Dieter Kern, langjähriger Vorsitzender des „Bündnis Rechts für Lübeck".

Von Gerd von Od

Liederabende und Vortragsveranstaltungen fanden bereits in dem kleinen schleswig-holsteinischen Ort statt. Doch der neue Pächter und dessen Gäste stören Bürgermeister Wendelin Herbrand kaum. Vielmehr ärgern ihn die „Stimmen von Außen", die seiner Gemeinde erzählen wollen, was sie zu tun hätte. Als am 12. Juni knapp 140 Personen gegen den Pächter, der mit dem „Bündnis Rechts für Lübeck" (BR) zweimal zu den Kommunalwahlen antrat und die bündniseigene Zeitschrift „Lübscher Aufklärer" verantwortet, protestierten, meinte er nur: „Die sollen besser in Berlin oder in Lübeck demonstrieren". Kern hatte seine Anstellung bei der Stadtverwaltung Lübeck verloren, nachdem er per Presseerklärung die Terroranschläge vom 11. September 2001 gebilligt hatte.

Während die Kneipe an Werktagen die Anwohner ansprechen will, werden am Wochenende ganz besondere Events wie Liederabende, Stammtische und Saalveranstaltungen angeboten. So feierten am 20. April diesen Jahres BR-Mitglieder „Führers" Geburtstag, am 8. Mai sprach der



Dieter Kern (hier auf einer NPD-Demo in Hamburg 2003)

Rechtsterrorist Peter Naumann über angebliche Verstrickung des Verfassungsschutzes in rechte Anschläge und am 12. Juli trug eine Ikone des Neonazismus, Manfred Roeder, seine „Abrechnung mit der BRD" vor. Angekündigt waren auch Liederabende mit rechten Balladensängern. Zu den Veranstaltungen erscheint ein gemischtes Publikum von bis zu 50 Personen. Junge Neonaziskinheads aus der Region, unverbesserliche Altnazis, NPD-Kader aus Kiel und ältere BR-Anhänger kommen hier trotz mancher Szene-Streitereien zusammen.

„Proteste werten die Rechten nur auf", wiederholt Bürgermeister Herbrand. Die Bedeutung der Gastwirtschaft würde übertrieben. Wie falsch der Bürgermeister mit dieser Einschätzung liegt, zeigte sich zuletzt am 17. Juli. An diesem Tag organisierte die neu erscheinende Skinheadzeitschrift „Nordstolz" ein Neonazi-Fußballturnier in Lübeck mit etwa 150 Teilnehmern unter anderem aus Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Nach dem Turnier wollten die Skinheads noch zu einem geplanten Liederabend in Heilshoop fahren. Die Veranstalter des mit 12 Mannschaften gut besuchten Turniers wiesen während des Spieltages ausdrücklich auf den späteren Auftritt in Kerns Kneipe hin. Der angekündigte Sänger sagte jedoch kurzfristig ab, sonst wäre der „sportlich-kulturelle" Erlebnistag perfekt gewesen. Aber Kern bemüht sich schon um weitere Events für die schleswig-holsteinische Szene. In nächster Zeit sind erneut Liederabende u.a. mit Jörg Hähnel, Mitarbeiter der NPD-Bundesgeschäftsstelle, in Heilshoop geplant.

Aktuelle Informationen rund um Heilshoop in Kürze unter www.antifainfo.de.

„Mitteldeutsche Jugendzeitung"

Jugendzeitung im neonazistischen medialen Netzwerk „Nationaler Medienverbund"

Ende 2001 wurde mit der Herausgabe der „Mitteldeutschen Jugendzeitung. Zeitschrift für die nationale und soziale, mitteldeutsche Jugend" begonnen. In ihr gingen verschiedene lokale Fanzines wie „Die Kameradschaft aus Hoyerswerda" oder „Der JNSler" aus Nordbrandenburg auf.

Von Stephan Lindke

Presserechtlich verantwortlich zeichnet der Chef des zeitgleich gegründeten „Märkischen Heimatschutz" (MHS) Gordon Reinholz. Neben ihm ist Sebastian Richter von den „Freien Aktivisten Hoyerswerda" (FAH), der unter dem Pseudonym Sepp Hagen schreibt und für die Gestaltung verantwortlich ist, die zweite wichtige Person des Projekts. Darüber hinaus sind wechselnd einschlägig bekannte Neonazis an der „Schriftleitung" beteiligt.

Die 20-seitige im DIN A4-Format erscheinende MJZ ist von ihrem Äußeren und dem Inhalt einer Vielzahl anderer neonazistischer politischer Low-Level-Magazine ähnlich. Rassistisches, antisemitisches und völkisches Denken bestimmen die Artikel, die mit szenetypischen Aktionsberichten, Anzeigen und Adressenlisten ergänzt werden.

Konzertberichte, Platten- oder Fanzinereviews werden nicht abgedruckt, dafür aber Texte zur neonazisischen Weiterbildung wie bspw. zur Datensicherheit. Die Autorenschaft reicht dabei von Dieter Kern („Bündnis Rechts für Lübeck"), über Frank Schwerdt, Frank Rennicke bis zum NPD-Funktionär Sandro Kempe.



Bemerkenswert ist die strukturelle Rolle, die das MHS-Organ spielt. Seit der dritten Ausgabe wird das vierseitige Supplement „Der lokale Patriot. Mitteilungsplattform für nationale Jugendgruppen aus Mitteldeutschland" beigelegt, das ausweislich der jüngsten Ausgabe von 15 verschiedenen Kameradschaften aus Brandenburg und Sachsen getragen wird. Dem Anspruch, zweimonatlich zu erscheinen, wird das Heft mit seinen bisher acht Ausgaben jedoch nicht gerecht. Jüngste Verzögerungen sind auf juristische und polizeiliche Maßnahmen gegen Gordon Reinholz zurückzuführen sowie auf den Umzug Sebastian Richters nach Mecklenburg-Vorpommern.

MJZ im Nationalen Medienverbund

Mit der siebten Ausgabe wurde die Redaktionsadresse von Hoyerswerda nach Wolgast verlegt. Über das Postfach der „Pommerschen Aktionsfront" (PAF), die auch die logistischen Aufgaben Richters übernommen hat, ist die MJZ nun erreichbar. Zeitgleich wurde die Herausgeberschaft vom „Nationalen Medienverbund" (NMV) übernommen, der ebenfalls über das Wolgaster Postfach erreichbar ist. Pressesprecher der PAF ist Michael Kutschke, dessen Magazin, der „Fahnenträger aus Pommern", seit 2002 auch unter dem Signum des NMV erscheint.

Zur erklärten Aufgabe des NMV gehört die logistische Bündelung von politischen Fanzines sowie die Herausgabe verschiedener, vierseitiger „Regionalzeitungen". Der „Märkische Bote" für Nordostbrandenburg, der „Inselbote" für die Insel Usedom, der „Blickpunkt Lausitz" für die Region Lausitz und der seit April 2004 erscheinende „Berliner Bote" für den Großraum Berlin unterscheiden sich von ihrer Aufmachung, die jeweils regional zugeschnitten wird. Lediglich der Innenteil ist identisch. Durch die gefälligen Namen und eine zurückhaltende Gestaltung soll sich ein vermeintlich seriöser Anstrich als „Bürgerzeitung" mit „sozialkritischen Themen" gegeben werden. Die mit 55.000 Exemplaren bezifferte Gesamtauflage darf bezweifelt werden, verweist aber darauf, dass mit einer breiten „Medienkampagne" neonazistische Inhalte verbreitet werden. Auf der Homepage des NMV werden zudem alle Kameradschaften und Aktionsbündnisse angehalten, eine „Bürgerzeitung" zu erstellen, deren Herausgabe im Medienverbund kostengünstig sei.

Dieses Konzept der Vernetzung verschiedener Zeitungsprojekte ist nicht neu. Bereits Anfang der 1990er Jahre wurde mit dem „Nationalen Medienverbund" um die „Berlin Brandenburger Zeitung" (BBZ) eine Bündelung versucht. Federführend in diesem Verbund war seinerzeit die neonazistische Gruppe „Die Nationalen" um Frank Schwerdt und den Chefredakteur der BBZ, Christian Wendt. Nicht von ungefähr zeigt sich daher auch beim heutigen NMV Frank Schwerdt als Mentor. Anders als damals wird aktuell jedoch nicht auf bundesweite Regionalausgaben gesetzt, sondern regional in den nordöstlichen Bundesländern agiert. Neben der Herausgabe von Polit-Zines wie der MJZ und „Bürgerzeitungen" bietet der NMV auch logistische Hilfe beim Druck von Flugblättern, Aufklebern und Plakaten an - selbstverständlich zu „sozialistischen Preisen für Nationalisten".

Propagandafunktion im Nationalen Widerstand

Mit dem NMV hat der „Nationale Widerstand Berlin-Brandenburg" (NWBB) ein zunehmend strukturstarkes Medien-„Netzwerk" aufgebaut, das mit seinen spezifischen Zeitungsformaten eine hohe Propagandatätigkeit entfalten kann. Sicherlich auch dadurch bedingt, dass die Flugblätter und „Bürgerzeitungen" kostenlos abgegeben werden. Auch die MJZ, die im Verbund als die „Jugendzeitschrift" gilt, kostet bei hoher Auflage lediglich einen Euro. Mit ihr wurde in der Vergangenheit versucht, das Korsett des neonazistischen Spektrums zu verlassen. So wurde bspw. für das „sozialpatriotische Jugendmagazin" auch in der „Junge Freiheit" (Nr. 51, 12.12.2003) geworben.

Deutlich zeichnet sich ab, dass neben den Kameradschaften wie dem MHS und der PAF auch die Entwicklung des NMV nicht aus dem Auge verloren werden darf. Die Bedeutung hinsichtlich der strukturell-logistischen Funktion sowie die Breitenwirkung der vielfältigen propagandistischen Aktivitäten ist nicht zu unterschätzen.



Bertram Köhler

Spielwiese für ein „Häufchen Unbelehrbarer"

Im hessischen Kirtorf hat sich ein Neonazizentrum etabliert

Der 3. Juli war wohl ein ruhiger Samstag für die Beamten der Polizeipräsidien in Mittel- und Osthessen: Ein Hausbrand hier, ein Handtaschenraub da sowie eine „Sonder-Alkohol- und Drogenkontrolle" so wurde von Gießen bis Fulda vermeldet. Dass in Kirtorf, im Vogelsbergkreis, eine „Sonderkontrolle" der anderen Art stattfand, verschweigt der Polizeibericht. Anlässlich eines Neonazikonzertes mit 200 Teilnehmern hatten mehrere Hundertschaften die Stadt über Stunden hermetisch abgesperrt. Das Konzert jedoch fand statt - wie so oft in Kirtorf.

Von Wolfgang Joras

Wie viele derartige Konzerte, Sonnwendfeiern, Kameradschaftstreffen, Rudolf-Heß-Gedenkverstaltungen oder Hitler-Geburtstagsfeiern in den letzten Jahren in der provinziellen Abgeschiedenheit Kirtorfs durchgeführt wurden, vermag niemand so recht nachzuvollziehen. Kristallisationspunkt der Aktivitäten ist das im Polizeijargon als „Anwesen Köhler" benannte Anwesen des 41-jährigen Bertram Köhler an der Hauptdurchfahrtsstraße von Kirtorf. Es bietet in der ausgebauten Scheune einen „Clubraum" der Kameradschaft „Berserker Kirtorf" und einen schallgedämpften Raum für Konzerte. Auf einem Wiesengrundstück am Ortsrand, das ebenfalls Köhler gehören soll, finden Open-Air-Veranstaltungen statt. Neonazis aus nah und fern wissen diese Freiräume zu schätzen. Als beispielsweise im März 2002 eine Party der Dortmunder Neonazitruppe „Borussenfront" von den Behörden untersagt wurde, reisten die 150 Gäste kurzentschlossen nach Kirtorf, wo die Band „Kategorie C" vor 600 Neonazis aufspielte.

Beinahe wöchentlich träfen sich Neonazis in dem Anwesen, berichteten Anwohner vor vier Jahren, ohne jedoch groß daran Anstoß zu nehmen. Schließlich würden „manchmal auch Leute aus dem Dorf" zu den Treffen gehen und „Probleme", so meinte eine ältere Frau in der Oberhessischen Presse, „gibt es vielmehr mit den Russkis". Eine Anwohnerin hingegen gab an wegen den Neonazis wegziehen zu wollen. Selbst als nachts ein Mann von Neonazis zusammengeschlagen wurde, sei dies kein Gesprächsthema im Ort gewesen.

Die Neonazis bloß nicht zum Gesprächsthema werden zu lassen, das ist der Konsens, der Polizei, Stadtverwaltung und viele Anwohner verbindet. Man täte dem „Häufchen Unbelehrbarer" doch nur einen Gefallen, „wenn ihre Auftritte zum öffentlichen Thema werden", meint der Sprecher der Polizeidirektion und Bürgermeister Ulrich Künz (CDU) warnt davor über „jede Kleinigkeit" zu berichten und damit „das Problem überzubewerten". Leider, so Künz weiter, könne die Stadt „nicht die gesellschaftlichen Probleme beheben, die zum Problem des Rechtsradikalismus beitragen: Ausländer, Aussiedler, Arbeitslosigkeit".

Unter diesen Bedingungen haben sich die Neonazis in Kirtorf wohleingerichtet. Die Szene expandiert. Die Kameradschaft „Berserker Kirtorf" rekrutiert ihre Anhänger auch in angrenzenden Kreisen; die eng mit der Kameradschaft verflochtene Band „Gegenschlag" hat sich bundesweit einen Namen gemacht. Die Hitler-Geburtstagsfeier im Jahr 2000 fand in einer Dorfkneipe statt und Glenn Engelbrecht, zentrale Figur der „Berserker", hat sich auf einem Anwesen im abgeschiedenen Stadtteil Gleimenhain niedergelassen: dort fand auch die Hitler-Geburtstagsfeier 2002 mit 70 Neonazis statt. Das Problem „Anwesen Köhler" ist längst ein Problem „Kirtorf".

Um dies zu thematisieren, mobilisierten antifaschistische Gruppen am 17. April 2004 zu einer Demonstration nach Kirtorf. Jedoch: Das zuständige Ordnungsamt erließ ein Verbot, welches das Verwaltungsgericht Gießen bestätigte. Der Forderung „Nazizentrum dichtmachen" wurde ein militanter Hintergrund unterstellt und die Behauptung, dass es aufgrund der „dörflichen Siedlungsstruktur" zu Beschädigungen an Zäunen und Vorgärten kommen werde, taugte ebenso als Verbotsgrund. Dass „seine" Demonstration nicht stattfinden darf, erfuhr der Anmelder indes aus dem Internet: Die Homepage www.freier-widerstand.net, die zuvor schon Details der Anmeldung herausposaunt hatte, meldete das Verbot, noch bevor der Anmelder vom Ordnungsamt davon in Kenntnis gesetzt wurde. Ihren „Triumph" feierten die „Berserker" dann auch am Abend des 17. April - mit einem Konzert im „Anwesen Köhler".

„Terror, der aus Boxen dröhnt"

Rund 200 Neonazis haben sich am Samstag, den 3. Juli 2004 bei einem Konzert der Kameradschaft „Berserker" im nordhessischen Kirtorf eingefunden. Die Besucher kamen vorwiegend aus Südostdeutschland - unter ihnen Szene-Promis wie „Race War"-Sänger Max Hirsch. Auf dem Privatgelände von Bertram Köhler traten die RechtsRock-Bands „Aryan Rebels" und „Garde 18" sowie die Black-Metal-Band „Absurd" auf. Das Gehöft mitten im Ort beherbergt die zwei Kameradschafts-Räume der „Berserker" - in einem davon fand das Konzert statt. „Garde 18" spielte unter anderem den Szene-Kult-Song „Blut", in dem zum Mord an JüdInnen aufgerufen wird. Dies geht aus einem Video-Mitschnitt aus der Szene hervor, den „Spiegel TV" ausstrahlte. Auch zeigte der Sänger der „Aryan Rebels" auf der Bühne mehrfach den Hitlergruß. In einem ihrer Lieder prophezeit die Band: „Synagogen werden brennen", in einem anderen huldigt sie der Waffen-SS. Die Band „Absurd" indes heizte Szene-Berichten zufolge dem Publikum mit einem Feuerspucker ein. Ferner war das „Absurd"-Label „Nebelfee Klangwerke" mit einem Verkaufsstand vertreten (s. a. Meldung S. 23).

Saubere Arbeit?!

Staat hilft Neonazis bei der Anti-Antifa-Arbeit

Ein V-Mann des Verfassungsschutzes soll die Münchner Rechtsterroristen aus der Gruppe um Martin Wiese mit Informationen über Münchner linke Strukturen und Einzelpersonen versorgt haben. Auch beim Beschaffen von Waffen war er behilflich.

Von Robert Andreasch

In wenigen Wochen beginnen zwei Prozesse vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht in München, in denen insgesamt neun Neonazis aus der terroristischen „Schutzgruppe" um Martin Wiese wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung" angeklagt sind. Martin Wiese (28), Alexander Maetzing (28), Karl-Heinz Statzberger (24), David Schultz (22), Monika Stillger (18), Ramona Schenk (19), Jessica Fasel (22), Andreas Joachim (37) und Thomas Sch. (18) wird u.a. die „Beseitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung mit Hilfe gewaltsamer Anschläge unter Verwendung von Schusswaffen und Sprengstoff" vorgeworfen.



Martin Wiese (Mitte) am 17.08.2002 in Wunsiedel

Der heute 35-jährige Didier Magnien wird nicht zu den Angeklagten gehören, sein Verfahren hatte der Generalbundesanwalt wegen „geringer Schuld" eingestellt. Bei Didier Magnien handelt es sich um einen vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz in die Wiese-Gruppe eingeschleusten V-Mann. Die vermeintliche Sensation, als die Wieses Strafverteidigerin Anja Seul (München) diese Information in der letzten Zeit Journalisten anzudienen versuchte, ist für sich genommen eher ein alter Hut, schliesslich habe der V-Mann, so die Generalbundesanwaltschaft (GBA) bereits im Mai 2004, „zum Erfolg des Verfahrens beigetragen". Offensichtlich ist, dass die Angeklagten, ihre VerteidigerInnen und die Münchner Neonazi-Szene derzeit alles versuchen, die öffentliche Meinung vor Prozessbeginn zu ihren Gunsten zu ändern. Dazu sollen große Presseartikel wie der des Meringer Publizisten Roland Wuttke („Freundeskreis von Demokratie Direkt") in der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme" („gezielte Stasi-Methoden") genauso beitragen wie die erstmalige Stellungnahme Martin Wieses aus der JVA Augsburg an seine Kameraden. In der vom Amberger Neonazi-Liedermacher Michael Müller verbreiteten Erklärung greift Wiese („es gab und gibt keine Terroristen in München") vor allem seinen Vorgänger und Nachfolger als Führer der „Kameradschaft München – Aktionsbüro Süddeutschland", Norman Bordin sowie Thomas Brehl vom „Kampfbund Deutscher Sozialisten" (KDS) persönlich wegen deren „vulgären Beleidigungen" ihm gegenüber an. Gleichzeitig fordert er zum „weiteren Einsatz in der Bewegung" auf.

Der in Nantes geborene Didier Magnien, der zuletzt in Augsburg wohnte, galt bis 1997 als Funktionär der neofaschistischen „Parti Nationaliste Français et Européen" (PNFE) in Paris. Die PNFE wurde aus einer unabhängigen Polizeigewerkschaft unter Leitung des Hauptkommissars Serge Lacanu heraus gegründet. Weil man den „jüdischen und Dritte-Welt-Feind überall treffen" müsse, verübten Funktionäre und Mitglieder der PNFE Bombenattentate auf ein vollbesetztes Café in Paris und auf die Büros einer Immigrantenorganisiation in Cannes und Cagnes-Sur-Mer. 1997 trat Didier Magnien zur neofaschistischen „Nouvelle Résistance" über. In München zeigte sich der perfekt deutsch sprechende, über 1,90 m große Franzose in der Öffentlichkeit nicht mit seinen neofaschistischen Kameraden, zu denen er 2002 gestoßen sein soll. Nach Informationen des TV-Magazins „Report aus Mainz" (SWR) aus den Prozessakten fuhr Magnien im April 2003 Martin Wiese und dessen Stellvertreter Alexander Maetzing in seinem Auto nach Güstrow und zurück, wo sie illegal sechs Pistolen und Munition erwarben. Einige dieser Waffen konnten bei den Razzien im September 2003 nicht wieder aufgefunden werden, dürften sich also immer noch in der neofaschistischen Szene befinden.

Magnien hat, wie auch Alexander Maetzing und Aktivisten der mit dem „Aktionsbüro Süddeutschland" zur AG Bayern zusammengeschlossenen „Fränkische Aktionsfront" (FAF), linke Gruppierungen in München ausspioniert und fotografiert. Monika Stillger, die die Anti-Antifa-Arbeit koordinierte, nutzte gar ihren Ausbildungsplatz beim Postscheckamt, um an Daten linker Organisationen und AktivistInnen zu gelangen. Die Aussage von Wieses Anwältin Seul („Wiese stellte also fest, dass er zwar keine Kenntnisse hatte, wie man Leuten hinterherspioniert, wie man sie verfolgt, wie man Adressen sammelt, wie man an Adressen herankommt, dass man jemanden auch fotografieren kann, wie man ein Register anlegt, all diese Dinge. Und der V-Mann wusste eben darüber Bescheid und hat Herrn Wiese peu à peu erklärt, wie so was geht.") soll natürlich zur Entlastung ihres Mandanten beitragen, und muss im Vorfeld der Prozesse dementsprechend kritisch betrachtet werden. Der gefährliche Skandal indes liegt an einem anderen Punkt: Attraktiv für Wiese und seine rechtsterroristische „Schutzgruppe" sollen nach Informationen aus der Neonaziszene Magniens angebliche jahrelangen Aktivitäten in der Münchner Linken gewesen sein, weil er somit interessante Daten für die Anti-Antifa-Arbeit habe liefern können. Diese Aktivitäten Didier Magniens in von ihm konkret benannten Gruppen und Strukturen der Münchner Linken gab es in der Wirklichkeit jedoch nie. Treffen die sonstigen Fakten zu, hätte das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz sich den Kontakt des V-Mannes Magnien zu Wiese also damit erkauft, dass es aus dem sicher reichhaltigen eigenen Fundus Informationen über linke Organisationen und Einzelpersonen an eine schwer bewaffnete rechtsterroristische Neonazigruppe weitergab.

Auf dem rechten Auge blind

(K)ein Freispruch für rechten Messerstecher in Halberstadt

„Gefährliche Körperverletzung mit Todesfolge" lautet die Anklage in einem Prozess, der ab dem 31. August die Schwurgerichtskammer beim Landgericht Halle für mehrere Monate beschäftigen wird. Was auf den ersten Blick, wie ein normaler Prozess um die Tötung eines Menschen aussieht, erweist sich bei näherem Hinsehen als eine Mischung aus kompletter Verharmlosung rechtsextremer Hintergründe, schlampiger Ermittlungstätigkeit durch Polizei und Staatsanwaltschaft und Verschleppung durch die Justiz in Sachsen-Anhalt.

Von Korinna Klasen

Der Tatort: Ein mittlerweile abgerissenes Plattenbauviertel im Norden von Halberstadt. Die 40.000 EinwohnerInnen-Stadt gehört seit Anfang der 1990er Jahre gemeinsam mit den Nachbarstädten Quedlinburg und Wernigerode zu den Zentren neonazistischer Aktivitäten im nordöstlichen Harz .

Der Hintergrund: Am 29. April 2000 hatte der damals 60-jährige Rentner Helmut Sackers beim Notruf der Polizei in Halberstadt angerufen, weil aus der Wohnung des rechtsextremen Skinheads Andreas S. den ganzen Abend neonazistische Musik durch die dünnen Wände des Plattenbaus gedröhnt hatte. Um 22 Uhr wurde das Gespräch zwischen Helmut Sackers und einem Polizisten automatisch aufgezeichnet: „Bei uns im Haus werden Nazilieder gespielt, Horst-Wessel-Lied, ganz laut." Nach dem Versprechen des Beamten, der den Anruf entgegen nimmt „Wir gucken uns das mal an," legt Helmut Sackers auf. Eine Stunde später ist der Kaufmann aus Kleve tot. Verblutet an vier Messerstichen im Treppenaufgang des Plattenbaus, in dem seine Lebensgefährtin wohnte. Zugestochen hatte zweifelsfrei der damals 29-jährige Andreas S.. Am nächsten Tag berichteten die Regionalzeitungen über den Tod von Helmut Sackers unter der Überschrift „Nachbar im Streit um laute Musik erstochen." Sie stützten sich dabei auf die Meldung des Polizeipräsidiums Halberstadt.

Was der Öffentlichkeit vorenthalten wurde: Eine Sammlung im Wandschrank von Andreas S. mit über einhundert neonazistischen CDs, von denen rund die Hälfte indiziert ist sowie damals brandaktuelle Ausgaben des inzwischen verbotenen deutschen „Blood & Honour" Magazins und des „Hamburger Sturm" nebst mehreren regionalen Naziskinhead-Fanzines sowie die einschlägigen NS-88-Kriegsberichter Videos.

Die Justiz

Vor dem Landgericht Magdeburg gelang es Andreas S. sich als Opfer und Helmut Sackers als Täter darzustellen. S. behauptete, er sei von dem 30 Jahre älteren Mann und dessen Hund angegriffen worden und habe deshalb in Todesangst zugestochen. Das Messer mit der 17cm langen Klinge habe er „zum Selbstschutz" immer bei sich getragen. Eine Version, die Verteidigung, Staatsanwaltschaft und Landgericht nach nur sechs Verhandlungstagen einmütig als „Notwehr" bezeichneten. S. erhielt einen Freispruch. Die Angehörigen von Helmut Sackers gaben jedoch nicht auf und im Juni 2001 entschied der Bundesgerichtshof in Karlsruhe auf Antrag der Nebenkläger, dass das Urteil des Landgerichts Magdeburg wegen Rechtsfehlern aufzuheben und der Fall neu zu verhandeln sei. Die Karlsruher Richter verwiesen den Fall ans Landgericht Halle, wo er dann drei Jahre lang liegen blieb. Für Andreas S. genügend Zeit, um sich in Freiheit die Haare wachsen zu lassen und als unpolitischer Musikliebhaber darzustellen.

Die Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt unterstützt die Angehörigen von Helmut Sackers seit mehreren Jahren in ihrem Bestreben nach Gerechtigkeit. Den Angehörigen geht es längst nicht mehr um das Strafmaß, sondern darum, das Helmut Sackers als ein Mensch gewürdigt wird, der couragiert gegen Neonazimusik eingeschritten ist und dafür mit dem Leben bezahlen musste.

Die Mobile Opferberatung hat einen Spendenaufruf für die Prozesskosten der Nebenklage initiiert: Sollte der Täter erneut freigesprochen werden, würden die Angehörigen von Helmut Sackers die Kosten des Hauptverfahrens (bis zu 20.000 €) tragen müssen.
Spendeneinzahlungen oder –überweisungen an das Konto:
Miteinander e.V., Konto-Nr.: 53 53 53 – Kennwort: „Opferfonds/ Revision Halberstadt", Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg – BLZ 810 205 00

Während des Prozesses informiert die Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt regelmäßig:
Kontakt: Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt,
c/o Miteinander e.V., Erich-Weinert-Str. 30, 39104 Magdeburg,
Tel. 0391-5446710, Fax: 0391-5446711
mobil: 0170-2925361, http://www.mobile-opferberatung.de

DVU: Verunglimpfung einer Verstorbenen

Die DVU setzt in ihrem Landtagswahlkampf neben Absprachen mit der NPD (s. DRR 89) wieder einmal auf Provokation und schreckt dabei auch nicht vor dem Missbrauch verstorbener politischer Gegner zurück. So hat sie einen Wahlwerbespot für Rundfunk und Fernsehen produziert, in dem es heißt: „Wir sind sicher: auch Regine Hildebrandt würde heute Protest wählen." Der Ehemann der im November 2000 verstorbenen SPD-Sozialpolitikerin will die Ausstrahlung der Spots wegen Verunglimpfung einer Verstorbenen juristisch unterbinden lassen und verwahrt sich gegen die Vereinnahmung. Er schreibt: Regine Hildebrandt zur Wahlhelferin zu machen, verweist zum Schluss der ruhmlosen DVU-Legislaturperiode noch einmal auf deren Gedankenarmut, Personalbeschränktheit und Politikverlogenheit." Der DVU wurde inzwischen gerichtlich untersagt, Bilder von Regine Hildebrandt in ihrem Wahlspot zu verwenden.

Volkstanz und Nazi-Rock

Zum diesjährigen Pressefest der NPD-Parteizeitung kamen knapp 5.000 Faschisten ins ostsächsische Mücka. Die NPD sprach während der Veranstaltung von 7.000 Teilnehmern, die Zahl wurde in der „Deutschen Stimme" später auf 6.900 korrigiert und in einem Bericht vom „Aktionsbüro Norddeutschland" schließlich auf 6.500 reduziert. Die Teilnehmer waren aus allen Teilen der Bundesrepublik mit unzähligen PKW und etwa zwanzig Bussen angereist, vereinzelt fanden sich auch Besucher aus dem Ausland, z.B. von der ADF Wien.

Von Jörg Hemmers und Michael Klein

Der Betreiber der Diskothek „Wodan" in Mücka/ Kreis Görlitz, Erik Myrta, stellte sein Gelände zum wiederholten Male für rechtsradikale Veranstaltungen zur Verfügung. So fand im Mai eine NPD-Wahlkampfveranstaltung mit Frank Rennicke in der Diskothek statt. Für das Pressefest mietete die NPD das gegenüberliegende Gelände einer insolventen Firma dazu. Während in der Diskothek die Saalveranstaltungen stattfanden, befand sich das große Festzelt und die Konzertbühne auf dem Platz gegenüber. BenutzerInnen der Landstraße wurden so gezwungen im Schritttempo mitten durch die Naziveranstaltung zu fahren. Der Ort Mücka war ganz in der Hand der Neonazis. Nur einige Sprühereien auf den Zufahrtsstraßen deuteten auf so etwas wie antifaschistischen Widerstand. Der Aufforderung in einer Erklärung der evangelischen Kirche, dem Nazi-Spektakel keine große Aufmerksamkeit zu schenken, kamen die meisten BürgerInnen auch nach.

Die NPD zog ein umfangreiches Programm an Reden, Musikbeiträgen, Vorträgen (Peter Naumann), Lesungen (Gerhoch Reisegger, Klaus Sojka) und Wettkämpfen (Rodeoreiten, moderiert von NPD-Pressesprecher Klaus Beier) zügig durch. Während in einem großen Verkaufszelt nicht nur einschlägige T-Shirts und CDs verkauft wurden, sondern auch Propagandamaterial angeboten wurde (u.a. „Junge Landsmannschaft Ostpreußen", „Nationaldemokratischer Hochschulbund", „Nationales Bündnis Dresden", die „Hilfsgemeinschaft nationaler Gefangener", NPD, „Braune Hilfe", „Aktionsbüro Norddeutschland", „Nationalanarchisten", „Der Freiwillige", „Deutsche Militärzeitschrift", „Die deutsche Schrift", „Nationales und Soziales Aktionsbüro Mitteldeutschland", „Gemeinschaft deutscher Frauen", „Heimattreue Jugend", „Bund freie Jugend"), sprachen die Altnazis Herbert Schweiger und Hajo Herrmann sowie der Auslandsbeauftragte der antisemitischen russischen Pamjat-Bewegung, Alexander Kamkin sowie NPD-Chef Voigt. Zwischendurch traten die Nazi-Liedermacher Jörg Hähnel, Michael Müller, Sleipnir und Frank Rennicke auf. Dass dieser in der Nazi-Szene auch weiterhin als ‚Volkssänger' gefeiert wird, zeigte auch die von ihm angebotene Signierstunde, die über zwei Stunden andauerte.

Das Abendprogramm auf dem Gelände, das insgesamt erheblich größer war als im Vorjahr in Meerane, wurde von Jens Pühse mit den Worten eröffnet, er wolle hier während der Musik keine erhobenen rechten Arme sehen, auch wenn es bei manchem entsprechend zucken würde. Konnten sich die ‚Kameraden' die Hitlergrüße denn auch weitgehend verkneifen, so waren später doch etliche tätowierte Hakenkreuze zu sehen und der Nazi Michael Müller hielt eine antisemitische Suada gegen Michel Friedman, für die ihn die Polizei vom Platz hätte holen müssen.

Zum musikalischen Hauptprogramm gehörten die Bands „Radikahl", die von ihren Nazi-Fans mit Sprechchören (‚Wir sind total - Radikahl') gefeiert wurden; erstmals seit dem Konzert in Dessau im Jahre 1999 traten auch wieder „Kraftschlag" auf, deren neue CD zu Hunderten über die Theke ging und bereits am späten Nachmittag ausverkauft war. Den Abschluss bildete die US-Band „Youngland", die noch am gleichen Abend in die USA zurückflog.

Die Polizei verzichtete auf eine ernsthafte Kontrolle der anreisenden Faschisten und Nazi-Schläger. Nur vereinzelt wurden Autos durchsucht. Ob dahinter eine politische Gesamtstrategie stand oder der einfache Wunsch, möglichst wenig Stress zu haben, blieb offen.

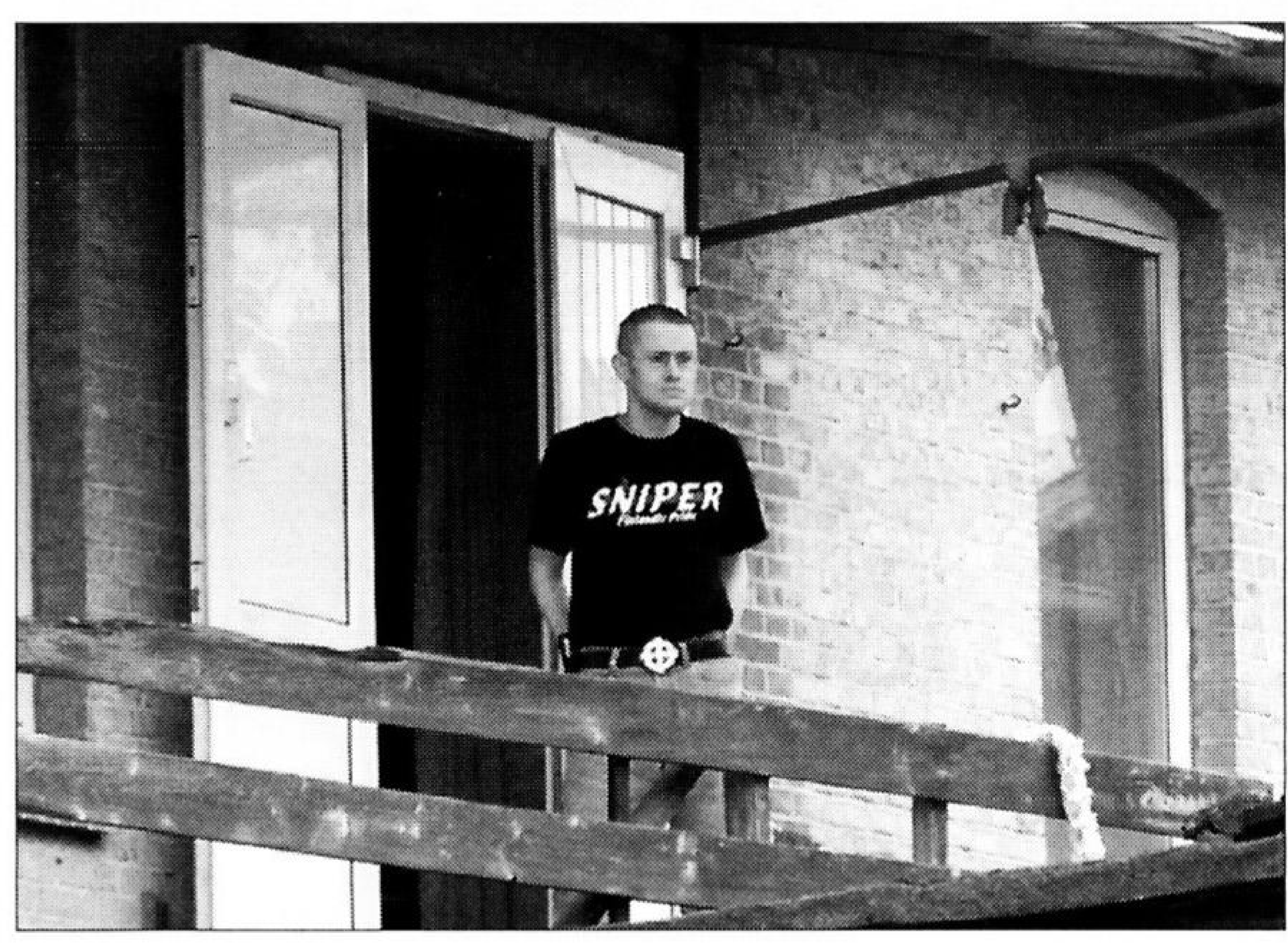
Besonders auffällig war das Engagement von Neonazis aus Ostwestfalen Lippe. An der Eingangskontrolle stand morgens Gerd Ullrich aus Detmold, an der Bühne trieb sich Bernd Stehmann aus Bielefeld herum, zu dem sich Markus Spilker aus Herford/ Hiddenhausen gesellte. Chef des „Ordnungsdienstes" war der wegen verschiedener einschlägiger Gewaltdelikte vorbestrafte Manfred Börm, ein alter Weggefährte von Michael Kühnen und früherer Gauleiter der inzwischen verbotenen „Wiking-Jugend" (WJ). Die NPD verlässt sich bei der Durchführung derartiger Veranstaltungen auf Kader inzwischen verbotener militanter Organisationen wie der WJ und der „Nationalistischen Front" (NF). Für gute Stimmung auf dem Gelände sollte die häufig verkündete Prognose zu den Landtagswahlen in Sachsen am 19. September sorgen. Hieß es im Juli noch, dass eine Wiederholung des Wahlergebnisses bei der Europawahl 2004 für die rechten Parteien nach den vorliegenden Befunden nicht zu erwarten sei, veröffentlichte der MDR Anfang August eine Umfrage, nach der die NPD sogar maximal 14% der WählerInnenstimmen erhalten könnte. Das „Aktionsbüro Norddeutschland" faselte angesichts solcher Aussichten sogar von einer „Volksfront von Rechts". Ob die auch die erzielten Eintrittsgelder des Pressefestes ordentlich beim „deutschen" Finanzamt versteuert, bedarf gewiss einer sachlichen Überprüfung.

Peinlich! Polizei verschläft Schulung

Seit einem halben Jahr beschäftigen die Aktivitäten der Neonazis im Elbe-Weser-Dreieck auch Polizei und Verfassungsschutz. Verwunderlich - oder nicht, ausgerechnet diese Dienststellen müssen jetzt einräumen, eine überregionale Schulung der NPD bzw. ihres radikalen Ablegers, der JN verschlafen zu haben.

Von Andrea Röpke und Uwe Ruprecht

Am 14. August gegen 14 Uhr trafen über 20 Neonazis in der Schulungsstätte „Alte Mühle" in Bargstedt (Landkreis Stade) ein. Das politische Schulungsprogramm für Samstag und Sonntag umfasste „Basisgruppenarbeit" und „Verhalten gegenüber Polizei und Geheimdiensten". Dafür ließen sich die Neonazis in dem idyllischen Ort an der Aue häuslich nieder. Die Bremer Janine Blass und Daniel Fürstenberg hatten massenweise Erbsensuppe in Dosen, Toastbrot und Haake Beck Pils mitgebracht. In Landser-T-Shirts, Uniformhemden und Basecaps standen sie vor dem Stammhaus des stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD, Adolf Dammann herum und keine Polizei weit und breit. Seit Jahren ist der aus mehreren Gebäuden bestehende Komplex der Familie Dammann ein Treffpunkt für Neonazis. Mehrfach kam es im Zusammenhang mit Veranstaltungen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. So im September 1997, als die NPD von Bargstedt aus ihren Wahlkampf für die Hamburger Bürgerschaft organisierte. Vor dem Überfall auf Asylbewerber in Kutenholz-Aspe im Mai 1999 hatten einige der Täter, die von dem NPD-Mitglied Lars Hildebrandt angeführt wurden, an Schulungen in Bargstedt teilgenommen. Im Dezember 2000 verhinderte die Celler Polizei eine „Wintersonnenwendfeier" der JN. Die Neofaschisten hatten polizeiliche Platzverweise auf dem Gelände eines Bauernhofes in Eschede erhalten und fuhren daraufhin in einem Fahrzeugkonvoi nach Bargstedt, dort konnten sie - ungestört von der beobachtenden Polizei - ihre Veranstaltung durchführen. 2002 machte der Staatsschutz enge Kontakte der JN, die ihren Stützpunkt in Bargstedt hätte, zur gewaltbereiten Skinhead-Szene öffentlich.



Sven Wellhausen aus Verden

Unter den Teilnehmern des konspirativen Schulungswochenendes befanden sich vor allem an der neonazistischen „Schuloffensive" beteiligte Kader. Sascha Jörg Schüler, Leiter des „NPD/JN Stützpunkts Rotenburg/ Verden" und Unterzeichner eines Flugblatts, das bei der Störung einer Podiumsdiskussion durch Neonazis in der Volkshochschule in Buxtehude verteilt wurde. Florian Cordes (Achim) ist seit Jahren an führender Stelle in der NPD und der JN tätig und organisiert Aufmärsche und Veranstaltungen, allerdings zur Zeit aus dem Hintergrund heraus. Mit dabei auch die NPD Funktionäre Daniel Fürstenberg aus Bremen und Sven Wellhausen aus Verden. Die führende Bremer Aktivistin Janine Blass (Bremen) wurde im März 2002 vom Amtsgericht Blumenthal zu 120 Arbeitsstunden verurteilt, weil sie als 20-Jährige im August 2000 Scheiben der Moschee eines islamischen Kulturvereins eingeworfen hatte. Eine enge Zusammenarbeit pflegt die Gruppe um Cordes zur NPD Stade um Dammann und Martin Zaha, der die Website der NPD Stade betreibt. Zaha brachte drei Jugendliche aus Himmelpforten mit zur Schulung nach Bargstedt, auch Cordes und Schüler hatten Referenten und Neulinge im Schlepptau. Zunächst stand „Basisgruppenarbeit" auf dem Programm, der Referent war der Bundesschulungsleiter der NPD Stefan Lux. In einem internen NPD-Papier heißt es dazu: „Loyalität und Disziplin sind wesentliche Bausteine der Gruppe und ihres Erfolges. Wer hier die nötige Einstellung vermissen lässt oder gar verdeckt oder offen dagegen vorgeht, muß gnadenlos entsorgt werden". Zweites Schulungsthema war das „Verhalten gegenüber Polizei und Geheimdiensten". Hier wird man sich wohl auch mit den Möglichkeiten und Folgen der geplanten „Aktion Schulhof" (siehe dazu S. 16) auseinandergesetzt haben. Die praktische Anwendung des braunen Lehrstoffs war allerdings nicht erforderlich - die Polizei war nicht vor Ort.

„Nordstolz" und „Durchblick"

Von Stephan Lindke

Gleich zwei neue Fanzines sind in Schleswig-Holstein erschienen. Das seit März 2004 erscheinende Heft „Nordstolz" aus Lübeck ist ein klassisches Rechtsrock-Magazin. Konzertberichte, Bandinterviews beispielsweise mit „Oidoxie" oder „Sleipnir" sowie Fanzine- und Plattenreviews bilden einen Schwerpunkt der zwei bisherigen Ausgaben. Angeboten werden aber auch Aktionsberichte und politisch-revisionistische Themen wie Artikel über Horst Wessel oder den „Tag der Ehre" (8. Mai).

Die „Nordstolz"-Internetseiten sind auf den Lübecker Dirk-Oliver Bollmann zugelassen, der schon seit Jahren in der rechten Skinheadszene aktiv ist und als Security-Chef und Manager der neonazistischen Band „Freikorps" tätig war.

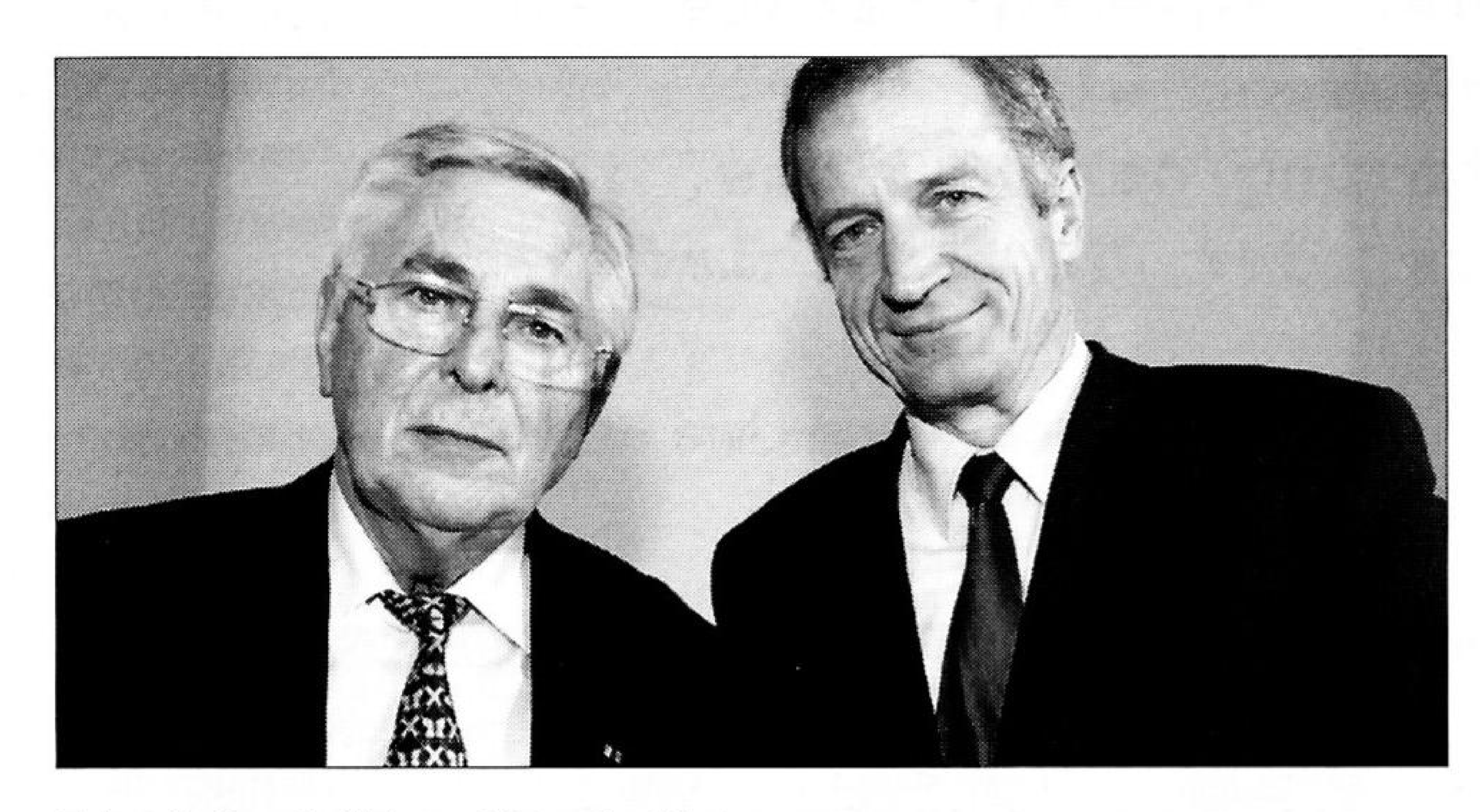
Während „Nordstolz" auf ein Skinheadklientel zugeschnitten ist, ist der „Durchblick. Sozialrevolutionäre Zeitschrift für Norddeutschland" als scheinbar seriös wirkendes Politikmagazin aufgemacht. Seit Mai 2004 sind bisher zwei Ausgaben erschienen. Die durchgängig antisemitischen Artikel und Texte beschäftigen sich vornehmlich mit dem Irakkrieg und dem Israel-Palästina-Konflikt. Darüber hinaus wird versucht, sich mit dem Aufgreifen von gesellschaftlich relevanten Themen wie der EU-Erweiterung oder der Arbeitsmarktpolitik als eine vermeintlich legitime Systemopposition darzustellen. Aber auch hier ist der völkisch-rassistische und antisemitische Duktus nicht zu übersehen. Presserechtlich verantwortlich für den „Durchblick" zeichnet der Lübecker Gunnar Lehmann.

„Danubia" bietet Unterschlupf

Nach antifaschistischen Protesten hätte das so genannte „1. Münchner Kolleg" des „Instituts für Staatspolitik" fast abgesagt werden müssen. Die völkische Münchner „Burschenschaft Danubia" organisierte die Tagung dann in ihrem Haus.

Von Robert Andreasch

Für Sonntag, den 25. Juli 2004, plante der neurechte Thüringer thinktank „Institut für Staatspolitik" (IfS) eine antisemitische Vortragsveranstaltung im Münchner Löwenbräukeller. Fritz Schenk, Initiator der Initiative „Kritische Solidarität mit Martin Hohmann", Ex-Brigadegeneral Reinhard Günzel und der emeritierte Bayreuther Politikwissenschaftler Konrad Löw wollten zum wiederholten Mal ihre angeblichen „Fälle" referieren und über eine vermeintlich herrschende linke „Gesinnungsdiktatur" und „Denkverbote" wehklagen. Nach dem großen „Erfolg" in ähnlicher Besetzung (u.a. Günzel, Schenk, Hohmann) beim letzten „Berliner Kolleg" im Mai 2004 reservierte das IfS um Götz Kubitschek einen Saal mit über 450 Plätzen. Der Wirt des Löwenbräukellers zog jedoch, von AntifaschistInnen aus dem AstA der Uni München sowie der Israelitischen Kultusgemeinde über den Charakter des IfS informiert, kurzfristig die Raumzusage zurück. Doch die Netzwerke in der Braunzone zwischen Neuer Rechter und Neofaschismus funktionierten in diesem Fall. Die berüchtigte Münchner „Burschenschaft Danubia" (DB) führte die IfS-Tagung ersatzweise in ihrem Haus im Münchner Stadtteil Bogenhausen durch. Vor ca. 150 Teilnehmenden, u.a. aus den neofaschistischen Münchner Gruppen „Demokratie direkt" und „Politischer Informations Club" (PIC) trat dann auch Martin Hohmann, der Star unter den „Opfern" des „Krebsgeschwürs ‚political correctness'" (Günzel) auf. Reinhard Günzel wiederholte sich erneut zum Thema „Ethos des Offiziers". Bei Passagen à la „Zwang, der ‚Singularität des Holocaust' unsere Reverenz zu erweisen, über die Verpflichtung, die im Nürnberger Prozeß von den Siegermächten getroffenen Feststellungen auf alle Zeiten anzuerkennen, bis hin zu den vielen Tabus, die uns verbieten, historische Wahrheiten auszusprechen und zu diskutieren (...)" gab es heftigen Beifall im Auditorium. Konrad Löw, der schon 2003 zum Thema „'Schuldstolz' statt Wahrheit – Daniel Goldhagens Triumphzug in Deutschland" bei der „Burschenschaft Danubia" auftrat, wollte da nicht hinten anstehen und regte sich über den Wirbel auf, den sein antisemitischer Artikel „Deutsche Identität in Verfassung und Geschichte" im „Deutschland-Archiv" bewirkte. Nach dem „Münchner Kolleg" gab Löw der Münchner „National-Zeitung" von Gerhard Frey (DVU) ein Interview. Die „Burschenschaft Danubia" scheint in der rechten Szene als Gastgeberin in Notfällen bekannt zu sein. 2001 versteckte sich bei ihr der Nazi-Schläger Christoph Schulte aus Neuenrade (NRW) auf der Flucht vor der Polizei.



Fritz Schenk (li.) und Martin Hohmann

Hannoveraner auf dem Weg zum Olymp



Vom 24.-26. September 2004 veranstaltet die neonazistische griechische Partei „Golden Dawn" ihr 6. internationales Sommercamp. Teilnehmende Organisationen sind unter anderem die NPD, die „Forza Nuova" (Italien) und die „National Alliance" (USA). Im Rahmenprogramm ist auch ein RechtsRock-Konzert angekündigt. Hier sollen neben „Hatred" und „Hobit" (beide Italien) und den Lokalmatadoren „No Surrender" und „Total Cleansing" (beide Griechenland) auch die Hannoveraner Band „Nordfront" spielen.

Aktion Schulhof-CD: Legal - illegal?

Von Jan Raabe

Die Verteilung der Rechtsrock-CD „Anpassung ist Freiheit" vor bundesdeutschen Schulen fand noch nicht statt. Angeblich will ein Bündnis aus 56 Personen und Organisationen der extremen Rechten, unter dem Projektnamen „Schulhof" ca. 250.000 Propaganda-CDs mit Rechtsrock-Songs und einem ideologischen Intro kostenlos an Jugendliche ausgeben. Der volle Umfang des Organisatorenkreises, vor allem aus dem Spektrum der „Freien Kameradschaften", ist nicht bekannt. Vielleicht kam die Anregung zu der CD von der US-Sektion der in Deutschland verbotenen Rechtsrock-Organisation „Blood & Honour", die vor Jahren das Konzept einer solchen Propaganda-CD veröffentlicht hatte. Nachdem diese Fakten über die „Schulhof"-Aktion in den Medien publiziert worden waren und die Öffentlichkeit aufgeschreckt hatten, verkündeten staatliche Stellen, wie die Staatsanwaltschaften in Dortmund, Köln und Düsseldorf sofort, dass die vorliegenden Texte strafrechtlich nicht relevant seien und die Verteilung der CDs juristisch nicht zu stoppen wäre. Die öffentliche Erregung von Medien und Bildungsinstitutionen schien jedoch nachzuwirken. Am 5. August 2004 entschied das Amtsgericht Halle, dass die Propaganda-CD mit Bands wie „Stahlgewitter" (Meppen), „Aryan Brotherhood" (Berlin) oder „Intimidation One" (USA), jetzt doch bundesweit beschlagnahmt werden darf, sie sei „offenkundig schwer jugendgefährdend". Der Vertrieb der Propaganda-CD kann mit Haftstrafen von bis zu einem Jahr geahndet werden. Einer Stellungnahme der Verantwortlichen des „Projekt Schulhof" zufolge, wollen sie nun gegen den Beschlagnahmebeschluss vorgehen. Inzwischen sind mindestens schon 50.000 Exemplare produziert worden. Bei einer Hausdurchsuchung bei dem mutmaßlichen Produzenten Lutz Willert in Sachsen-Anhalt fanden die Beamten zwar den Lieferschein, aber keine CDs mehr.

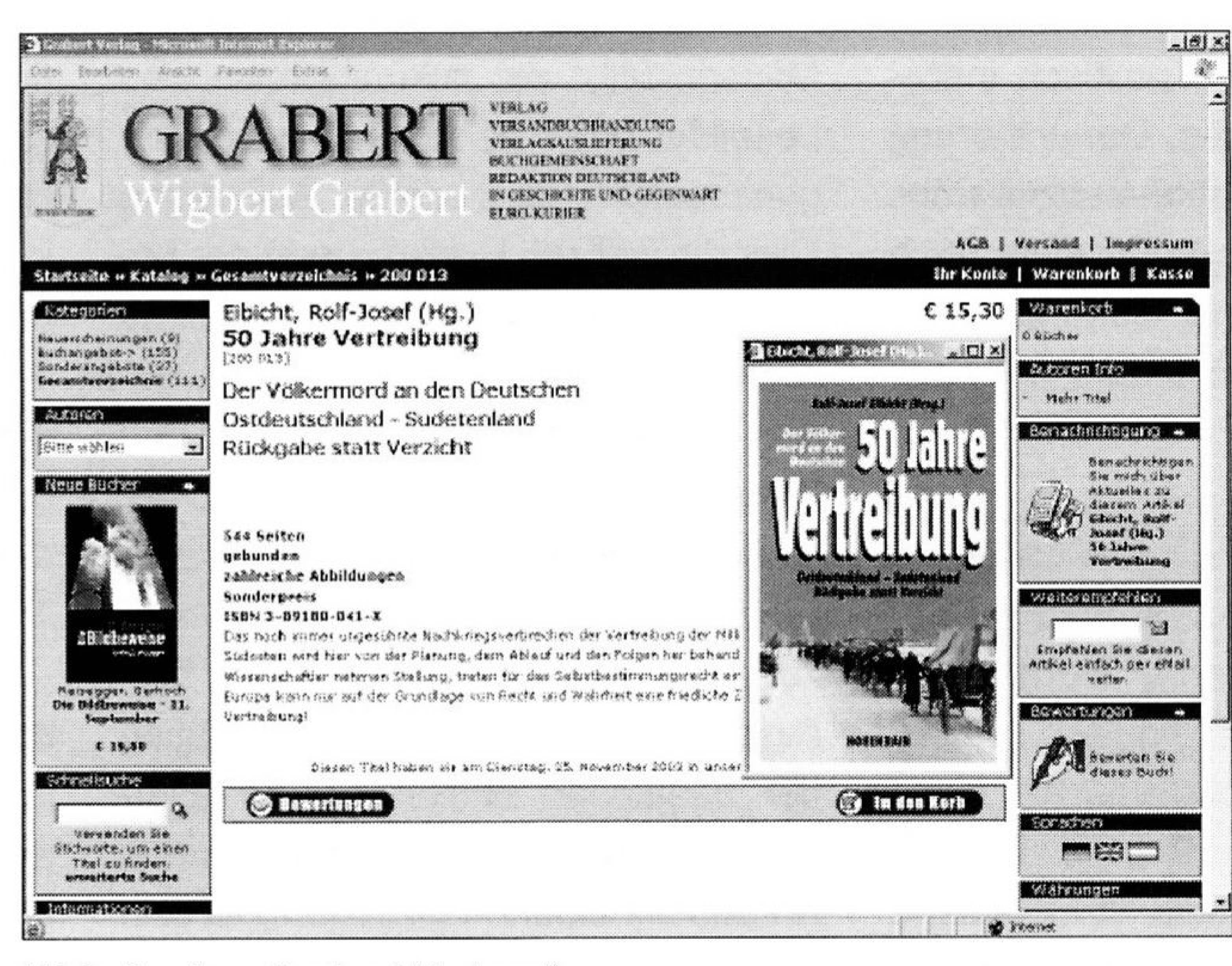
50 Jahre „Grabert-Verlag"

Der Tübinger „Grabert-Verlag" bezeichnet sich selbst gerne als mittelständisches Unternehmen mit betont freiheitlicher Ausrichtung. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um einen der größten organis ationsunabhängigen rechtsextremistischen Verlage in Deutschland. Grund genug die Gründung und Entwicklung des „Grabert-Verlags" wieder in Erinnerung zu rufen.

Von Horst Junginger

Verlagsgründung(en)

Die Geschichte des „Grabert-Verlags" begann 1953, als Herbert Grabert (1901-1978) den „Verlag der Deutschen Hochschullehrer-Zeitung" ins Leben rief, der zwanzig Jahre später als „Grabert-Verlag" beim Tübinger Handelsregister eingetragen wurde. Bereits 1950 hatte Grabert den „Verband der nichtamtierenden (amtsverdrängten) Hochschullehrer" gegründet, um die Rehabilitierung solcher Universitätsdozenten zu erreichen, denen man auf Grund ihrer politischen Verstrickung in den Nationalsozialismus die Rückkehr an die Universität verweigerte. Diesem Zweck dienten auch die von Grabert seit 1953 herausgegebenen „Mitteilungen für den 131er Hochschullehrer", die 1956 in „Deutsche Hochschullehrer-Zeitung" umbenannt wurden und aus der 1972 die rechtsextreme Vierteljahresschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart" hervorging. Ebenfalls 1972 übernahm Graberts Sohn Wigbert die Verlagsleitung, um seit 1978 den Verlag als alleiniger Geschäftsführer ganz im Geiste des verstorbenen Vaters weiterzuführen. Die familiäre Kontinuität wird neuerdings durch den Enkel des Verlagsgründers Bernhard Grabert fortgeführt, der seit 1998 der Versandfirma „Media-Service" vorsteht. Von ihr wird der Vertrieb der eigenen wie auch der Bücher anderer Verlage organisiert, sofern sie die gleiche politische Grundtendenz aufweisen. Neben der dem Verlag angegliederten Exportbuchhandlung und einem mit politischen Kommentaren versehenen Buchweiser namens Euro-Kurier steht insbesondere der 1985 gegründete Hohenrain-Verlag für das publizistische Wirken des „Grabert-Verlags", der unter der Adresse www.grabertverlag.de seit kurzem auch im Internet vertreten ist.



Website des „Grabert Verlags"

Vorgeschichte

Herbert Grabert hatte nach dem Krieg allen Grund, sich für politisch belastete Hochschullehrer einzusetzen, da er selbst diesem Personenkreis angehörte. 1941 war er an der Universität Würzburg auf eine Dozentur für Religionswissenschaft gelangt, die er aber mitsamt dem damit verbundenen Beamtenstatus verlor, als er im Mai 1945 in Tübingen verhaftet und zwei Monate später amtsenthoben wurde. Da die Universität Würzburg auf Anweisung der amerikanischen Militärregierung die Auszahlung seiner Bezüge sperrte, nahm Graberts Kampf gegen das „alliierte Unrechtsregime" einen sowohl allgemeinen als auch persönlichen Charakter an.

Grabert, der in der Öffentlichkeit vor allem als eingefleischter Rechtsextremist bekannt ist, stammte ursprünglich aus dem Lager des freien Protestantismus. Während der Weimarer Republik gehörte er einer christlichen Jugendgruppe an, die sich nach dem Ort ihrer Gründung „Bund der Köngener" nannte und die dem religiösen Flügel der Jugendbewegung zuzurechnen ist. Darüber hinaus betätigte sich Grabert in der kirchlichen Ökumene und in der christlichen Friedensbewegung. 1928 promovierte er an der Universität Tübingen im Fach Allgemeine Religionsgeschichte. Sein Doktorvater, der Indologe und Religionswissenschaftler Jakob Wilhelm Hauer, wurde sein großes Vorbild und väterlicher Freund. Ihm folgte er auch, als Hauer, der einst als Missionar in Indien gewirkt und später den Köngener Bund gegründet hatte, die evangelische Kirche verließ und als Führer der ‚neuheidnischen' „Deutschen Glaubensbewegung" den Versuch unternahm, dem „Dritten Reich" eine neue pagane Grundlage zu geben. Allerdings brach die „Deutsche Glaubensbewegung" bereits 1936 wieder auseinander. Grabert, der sich mit Hauer überworfen hatte, erklärte nun, dass ein „Deutscher Glaube" keiner eigenen Kirche bedürfe, sondern in den verschiedenen Gliederungen der Partei über genügend Entfaltungsmöglichkeiten verfüge. Wegen früherer antinazistischer Äußerungen wurden Grabert am Anfang aber politische Schwierigkeiten gemacht, so dass er erst 1939 in die NSDAP eintreten konnte. Dort fand er Anschluss an das Amt Rosenberg, mit dessen finanzieller und ideologischer Unterstützung es ihm gelang, sich 1939 zu habilitieren.

Wenn man Graberts Veröffentlichungen bis 1945 betrachtet, lässt sich gut erkennen, wie sein gescheiterter Versuch, die nicht nur von ihm als lebensfremd empfundenen Strukturen des Kirchenchristentums aufzubrechen, dazu führte, dass er sich der Religion der so genannten Indogermanen zuwandte, in der Hoffnung, dort das zu finden, was er beim Christentum so schmerzlich vermisste. Wie für viele andere wurden auch für Grabert die Arier und Indogermanen zu einer Projektionsfläche für die eigenen religiösen Wunschvorstellungen. Diese Suche nach einer weltanschaulichen Alternative, zunächst innerhalb und dann außerhalb des Christentums, zieht sich als roter Faden durch die ganze Grabertsche Buchproduktion bis zum heutigen Tag.

Vom Lobbyismus zum Geschichtsrevisionismus

Da die Bemühungen von früheren Anhängern der deutschgläubigen Bewegung, sich nach 1945 neu zu organisieren, erfolglos blieben, konzentrierte sich Herbert Grabert zunächst ganz auf die Lobbyarbeit für die von ihm als „amtsverdrängt" bezeichneten Hochschullehrer. Nicht so sehr aus politischen Gründen, sondern weil sich Grabert während des „Dritten Reiches" äußerst antichristlich gebärdet hatte, gehörte er selbst nicht zu denjenigen, die von einer großzügigen Auslegung des §131 profitierten und über kurz oder lang „zur Wiederverwendung" kamen. Seine

Hoffnungen waren endgültig dahin, als das Bundesverfassungsgericht im Dezember 1953 die Beamtenverhältnisse der entlassenen Staatsdiener mit Kriegsende für erloschen erklärte. Es liegt auf der Hand, dass sein Kampf jetzt eine andere Form annahm. Er richtete sich nun gegen die Nachkriegsordnung als solche und insbesondere gegen diejenigen, die sich dem neuen politischen System angepasst hatten. Graberts Bücher „Hochschullehrer klagen an“ (1952), „Wehrkraft im Zwiespalt“ (1955) und „Volk ohne Führung“ (1955), die beiden letzten unter dem Pseudonym Hugo C. Backhaus veröffentlicht, waren äußerst aggressive Kampfschriften. Es sei das erklärte Ziel der alliierten Siegerjustiz, nicht nur die deutsche Industrie sondern auch die deutsche Wissenschaft zu demontieren und ihre Vertreter insgesamt zu Verbrechern abzustempeln. Grabert warf sich in die Pose des politisch Verfolgten auf und machte sein subjektives „Entrechtetenbewusstsein“ zum Mittelpunkt einer revisionistischen Geschichtsdeutung, die er selbst freilich als historische Wahrheitsforschung ausgab und sogar zu seinem Verlagsmotto „Im Dienste der Wahrheit“ erkor. Weder fähig noch willens, den Nationalsozialismus und seine eigene Beteiligung daran in Frage zu stellen, bediente sich Grabert im Kampf gegen die in Deutschland nun angeblich herrschende Meinungsdiktatur, gegen die politisch inszenierte „Kriegsschuldlüge“ und gegen die Denunzierung der vermeintlich positiven Seiten des Nationalsozialismus zahlreicher Versatzstücke der NS-Ideologie. Für sein Buch „Volk ohne Führung“ wurde er 1960 zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten auf Bewährung verurteilt. Mit einer ähnlich argumentierenden Publikation des US-Historikers David L. Hoggan („Der erzwungene Krieg“) erzielte Grabert freilich ein Jahr später seinen größten verlegerischen Erfolg, der 1990 die 14. Auflage und mittlerweile eine sechsstellige Verkaufszahl erreichte.

Zwischen alter und Neuer Rechten

In den 1970er Jahren trat zu den klassischen Themen der alten Rechten (Rechtfertigung und Glorifizierung der Zeit des „Dritten Reiches“) der offensiv formulierte Anspruch hinzu, Deutschland ein neues nationales Selbstbewusstsein zu verschaffen. Im Rückgriff auf Deutungsmuster der so genannten Konservativen Revolution hielt man die Zeit für gekommen, mit den deutschen Schuldkomplexen abzurechnen und der amerikanisierten Massenkultur die zukunftsweisenden Leitbilder einer geistigen Elite entgegenzusetzen. Die rechte Aufklärung über die wahren Hintergründe der politischen Entwicklung in Deutschland sollte den Deutschen die Augen öffnen und ihnen einen eigenständigen Weg in die Zukunft ermöglichen, der einem kommunistischen wie kapitalistischen System gleichermaßen Paroli zu bieten in der Lage wäre. Als Voraussetzung für den Wiederaufstieg der deutschen Nation sei es allerdings erforderlich, sich auf die eigene Art und die eigenen geistigen Wurzeln zu besinnen. Die meisten der bei Grabert verlegten Bücher beanspruchten, hierfür wegweisend zu sein. Eine ausgesprochen pagane Traditionsbildung spielte im „Grabert-Verlag“ aber nicht die gleiche Rolle wie bei der französischen „Nouvelle Droite“, zu der zeitweise enge Beziehungen unterhalten wurden. Zwar kam die Bezugnahme auf ein indogermanische Heidentum auch bei Grabert zu seinem Recht, doch bildete es nur ein Thema neben anderen. Die Auseinandersetzung um ein neurechtes Geschichtsbild, Ethnopluralismus und Ausländerfeindlichkeit, ein rechter Antiimperialismus, die anti-Antifa-Agitation, Kritik an der EU-Bürokratie und an den „Systemparteien“ in Deutschland fanden ebenso wie die gängigen Schlagworte aus dem Arsenal des Antikommunismus Eingang in das Verlagsprogramm. In einem längeren Interview mit dem NPD-Organ Deutsche Stimme brachte Wigbert Grabert im November 2003 sehr deutlich das Bemühen zum Ausdruck, sein Haus als großen ‚überparteilichen’ Verlag für das gesamte rechte Spektrum zu etablieren und die Erwartungen möglichst vieler zu bedienen.

Ganz eindeutig gehört zur Grabertschen Verlagspolitik der bewusste Tabubruch im Hinblick auf die Leugnung des Holocaust. Bücher von Autoren wie Wilhelm Stäglich, Ingrid Weckert, Ernst Gauss (Germar Rudolf), Carl-Friedrich Berg (Rainer Maria Kohls) und Rolf-Josef Eibicht lassen durchweg das Bemühen erkennen, über die Bestreitung des Holocaust endlich aus dem Schatten des „Dritten Reiches“ herauszutreten. Die staatliche „Verfolgung“ wird dabei nicht nur in Kauf genommen sondern geradezu provoziert, weil sie dazu beiträgt, die führende Position des Verlags im rechten Lager zu festigen. Dass sich die Relativierung der JüdInnenverfolgung mit der Kritik an der amerikanischen oder israelischen Politik im Nahen Osten zu verbinden sucht, versteht sich von selbst. Die jüngsten der etwas über 150 Bücher, die insgesamt gegenwärtig vom „Grabert“- und „Hohenrain-Verlag“ angeboten werden – ältere und zum Teil verbotene Titel sind über das Internet erhältlich –, gehen auch auf den 11. September und die daran anschließende Politik der Terrorismusbekämpfung ein. Dass solchen Publikationen ein relativer Erfolg beschieden ist, liegt weniger an der argumentativen Kraft und dem doch zumeist recht bescheidenen intellektuellen Niveau, auf dem sie geschrieben sind, als vielmehr an den Widersprüchen und den tatsächlich vorhandenen Problemen, die sie zu instrumentalisieren suchen. Weil die Arbeitslosigkeit in Deutschland nun einmal keine Erfindung der Rechten ist, steht zu befürchten, dass das Unvermögen der politischen Parteien, ihr Herr zu werden, die Leserschaft von bestimmten Büchern des „Grabert-Verlags“ noch vergrößern wird.

Unser Autor ist Mitherausgeber eines soeben erschienenen empfehlenswerten Buches über den Grabert-Verlag: Martin Finkenberger / Horst Junginger (Hg.): Im Dienste der Lügen. Herbert Grabert (1901-1978) und seine Verlage. Alibri Verlag, Aschaffenburg 2004. 180 S., 13,50 Euro, ISBN: 3-932710-76-2.

Rassistische und antisemitische Schändungen

In den vergangenen Wochen und Monaten nahm die Anzahl der Schändungen von Moscheen, Gräbern und Friedhöfen im Elsass drastisch zu. Dabei wurden nicht nur nationalsozialistische Symbole verwendet und rassistische, antisemitische sowie fremdenfeindliche Parolen gesprüht. Bei den jüngsten Schändungen in Strasbourg und Hagenau im Juni tauchte auch der Hinweis „HVE junior“ auf. Bei der HVE handelte es sich um die 1993 verbotene „Heimattreue Vereinigung Elsass“. Dieser neonazistische Kleingruppe gehörten rund 30 Mitglieder an. Sie war die Schwesterorganisation der zuvor im Juli 1993 verbotenen, knapp 100 Mitglieder starken „Heimattreue Vereinigung Deutschlands“, die in Baden-Württemberg ihren Schwerpunkt hatte.

Freies Geleit für Friedhosschänder

Der österreichische Neonazi Wilhelm Christian Anderle (33) wurde am 15. Juni wegen seiner Tatbeteiligung an der Schändung des jüdischen Friedhofs in Eisenstadt zu einer Haftstrafe von vier Jahren verurteilt. In der Nacht zum 31. Oktober 1992 hatte das FPÖ-Mitglied Anderle zusammen mit Wolfgang Tomsits 88 Grabsteine mit neonazistischen Parolen und Symbolen besprüht. Knapp vier Jahre später war der inzwischen der Tat beschuldigte Anderle über Schweden nach Südafrika geflohen. Im Juli des vergangenen Jahres bot der vormalige FPÖ-Kandidat für die Gemeinderatswahl Anderle von sich aus die Rückkehr nach Österreich an, unter der Bedingung des „freien Geleits“. Tatsächlich ließ sich die österreichische Justiz darauf ein - gegen eine Kaution von lediglich 2.500 Euro.

Neuer Star der neu-rechten Szene?

Der im Rahmen der „Hohmann-Affäre" in den einstweiligen Ruhestand versetzte ehemalige KSK-General Reinhard Günzel referierte am 3.7.2004 bei der „Burschenschaft Normannia Nibelungen" in Bielefeld. Diese hatte in der jüngeren Vergangenheit u.a. durch Veranstaltungen mit Horst Mahler ihren geistigen Standpunkt dokumentiert.

Von Tobias Ascher

In seinem Vortrag über „Zivilcourage im Offizierscorps der Bundeswehr" beklagte Günzel, der die antisemitische Rede Hohmanns als „ausgezeichnet" gelobt hatte, – wie bereits Walser und Möllemann vor ihm – ein aufoktroyiertes „Verbot kritischen Denkens". Diesen Vorwurf muss sich freilich auch die „Burschenschaft Normannia Nibelungen" gefallen lassen, die mehreren kritischen Zuhörern den Zugang zur Veranstaltung verweigerte, weil diese sich nicht schriftlich angemeldet hatten.

In der aktuellen Ausgabe der FPÖ-nahen „Aula" wurde der Vortrag mit einem eigenen Artikel bedacht. Laut Angaben der Veranstalter ließen es sich über 120 Besucher nicht nehmen, den Verschwörungstheorien des „zweiten Opfers der Hohmann-Affäre" zu lauschen: Günzel halluziniert sich als Opfer eines systematisches Vorgehens der „politisch Korrekten". Seiner Meinung nach würden in der BRD Meinungstabus verhängt und Recht gebeugt.

Die neu-rechte Szene – u.a. um die „Deutsche Burschenschaft" und „Aula" – scheint sich von Günzels antisemitischen Solidaritätsbekundungen und seiner durch die „Hohmann-Affäre" entstandenen Bekanntheit erhebliche propagandistische Wirkung zu versprechen. Anders ist es nicht zu verstehen, dass „Aula" in der bereits genannten aktuellen Ausgabe den „verwirrten General" (Bundesverteidigungsminister Peter Struck) in einem zweieinhalbseitigen, weitgehend belanglosen Interview zu Wort kommen lässt, welches von der „Burschenschaft Normannia Nibelungen" als Kopie in der Uni-Mensa verteilt wurde.

Es wird sich zeigen, ob Günzel, der seine Zukunft ausdrücklich nicht in der ihn enttäuschenden Parteipolitik sieht, das Zeug hat, ein neuer „Star" der neu-rechten Szene zu werden. Zu befürchten ist jedoch, dass er mit seinen antisemitischen Ressentiments – wie vor ihm Hohmann, Möllemann und Walser – auch in weiten Teilen des bürgerlichen Lagers auf fruchtbaren Boden stoßen wird.

Hinwendung zum „Arteigenen" oder zum Kommerz?

Von Jan Raabe

„Kurzfristig haben wir drei Titel des ARUN-Verlages übernommen: ‚Revolte gegen die moderne Welt' von Julius Evola, ‚Kreuzzug gegen den Gral' von Otto Rahn sowie ‚Otto Rahn und die Suche nach dem Gral'" vermeldete vor einigen Tagen der Dresdner „Zeitenwende" Verlag. Es verwundert nicht, dass der Kleinstverlag diese Bücher ins Programm nimmt, liegt der Schwerpunkt der Verlagsaktivitäten doch in der Veröffentlichung rechts-esoterischer Schriften. Vielmehr überrascht jedoch die Abgabe dieser Titel durch den „Arun-Verlag".

Seit Jahren bildet der „Arun-Verlag" im Thüringischen Engerda eine wichtiges Scharnier für die Mischung von rechts-esoterischer Ideologie und Supermarkt-kompatibler Esoterik. Gemein war allen über den Verlag vertriebenen oder von diesem erstellten Schriften, dass sie dem rationalen Denken entgegenstanden und einen Gegenpol zur Moderne darstellten. Getreu der Strategie der „Neuen Rechten" versucht der Verlagsinhaber Stefan Björn Falko Ulbrich eine Einflussnahme rechter Ideologie via kulturkritischen Publikationen voranzutreiben. Regelmäßig streitet das ehemalige Mitglied der „Wiking-Jugend" (WJ) und einstige Redakteur der „Junge Freiheit" ab, heute noch etwas mit der extremen Rechten gemein zu haben. So entschuldigt er seine WJ-Zeit denn auch als „Jugendsünde", wo er „ziemlich auf den Putz gehauen" habe.

In der Kritik an dem vermeintlich unpolitischen Programm wurde immer wieder auf die „Arun"-Veröffentlichungen des Italieners Julius Evola hingewiesen. Nennt Evola die Demokratie doch die Herrschaft der Masse und des Niedergangs und fordert einen solaren Ständestaat, an dessen Spitze esoterische Führer stehen. Zwei Standardwerke Evola's - „Revolte gegen die Moderne Welt" und „Cavalcare la Tigre - Den Tiger reiten" verlegte der „Arun-Verlag". Dessen Ideen finden sich aber auch in den Werken Ulbrichs, so zählt er Evola zu den „Theoretischen Grundlagen" in seinem „Im Tanz der Elemente-Kult und Ritus der naturreligiösen Gemeinschaft". Trennt sich der „Arun-Verlag" nun aus taktischen Gründen von den Werken Evolas? Schlägt die anhaltende Kritik aufs Geschäft oder stört sie bei der Einflussnahme und weiteren Politisierung der Esoterikszene? Es könnte sich um eine inhaltliche Positionsverschiebung handeln, weg vom theoretisch/ metaphysischem, hin zum praktischen Heidentum. Dies ist gerade jener Bereich, den Ulbrich in den letzten Jahren kontinuierlich ausbaut. Von seinen rechten Gedanken dürfte er sich wohl kaum verabschiedet haben, finden sich doch allein in der Linkliste seiner Homepage Verweise zu den antisemitischen „Germanischen Freunden e.V." und zum „Arbeitskreis Bioregionalismus Sauerland". Dieser von Leif-Thorsten Kramps organisierte Kreis huldigt sowohl dem Ökofaschisten Baldur Springmann, als auch dem „neurechten" Cheftheoretiker Alain de Benoist. Zusammen mit Holger Kliemannel organisierte er in Hagen Seminare. Wohl kein Zufall, das eben Kliemannel heute beim „Arun-Verlag" für Layout und Vertrieb zuständig ist. Auf der Website des Verlages steht, er sei „die rechte ‚Pfote' des Chefs."

Das Gedenken an den 20. Juli 1944

Nicht nur die Bundesregierung und die politische „Klasse" dieses Landes haben den 60. Jahrestag des 20. Juli 1944 zelebriert. Auch die extreme Rechte in ihren verschiedenen Richtungen hat sich des Themas angenommen, wobei die jeweilige ideologische Nähe zum historischen Faschismus das Bild prägte.

Von Bernd Kant

Da die NPD weder in Presseerklärungen noch in größeren Beiträgen ihres Periodikums „Deutsche Stimme" (anders als in früheren Jahren) auf dieses Thema einging, blieb es den „Freien Kameradschaften", z.B. einem Heinz Drenger im „Radio Freiheit" oder dem „Wattenscheider Widerstand" vorbehalten, die Denunziation der Akteure des 20. Juli als „Vaterlandsverräter" zu propagieren:

„Waren es doch Stauffenberg und Genossen, die an einem 20. Juli ein feiges Attentat auf ein legal gewähltes Staatsoberhaupt (den Reichskanzler Adolf Hitler) verübte und damit in einer entscheidenden Phase dem deutschen Frontsoldaten und dem deutschen Volk allgemein in den Rücken fiel.

Während Tausende von tapferen Männern und Frauen in den Schützengräben lagen oder an der Heimatfront standen um Europa vor dem Bolschewismus zu bewahren, zogen es diese Leute vor, ihrem Volk den Rücken zu kehren und durch einen stümperhaften Mordanschlag ihre vermeintlichen Pfründe in Sicherheit zu bringen, die sie sich von den Alliierten versprachen." (sprachliche Fehler im Original)

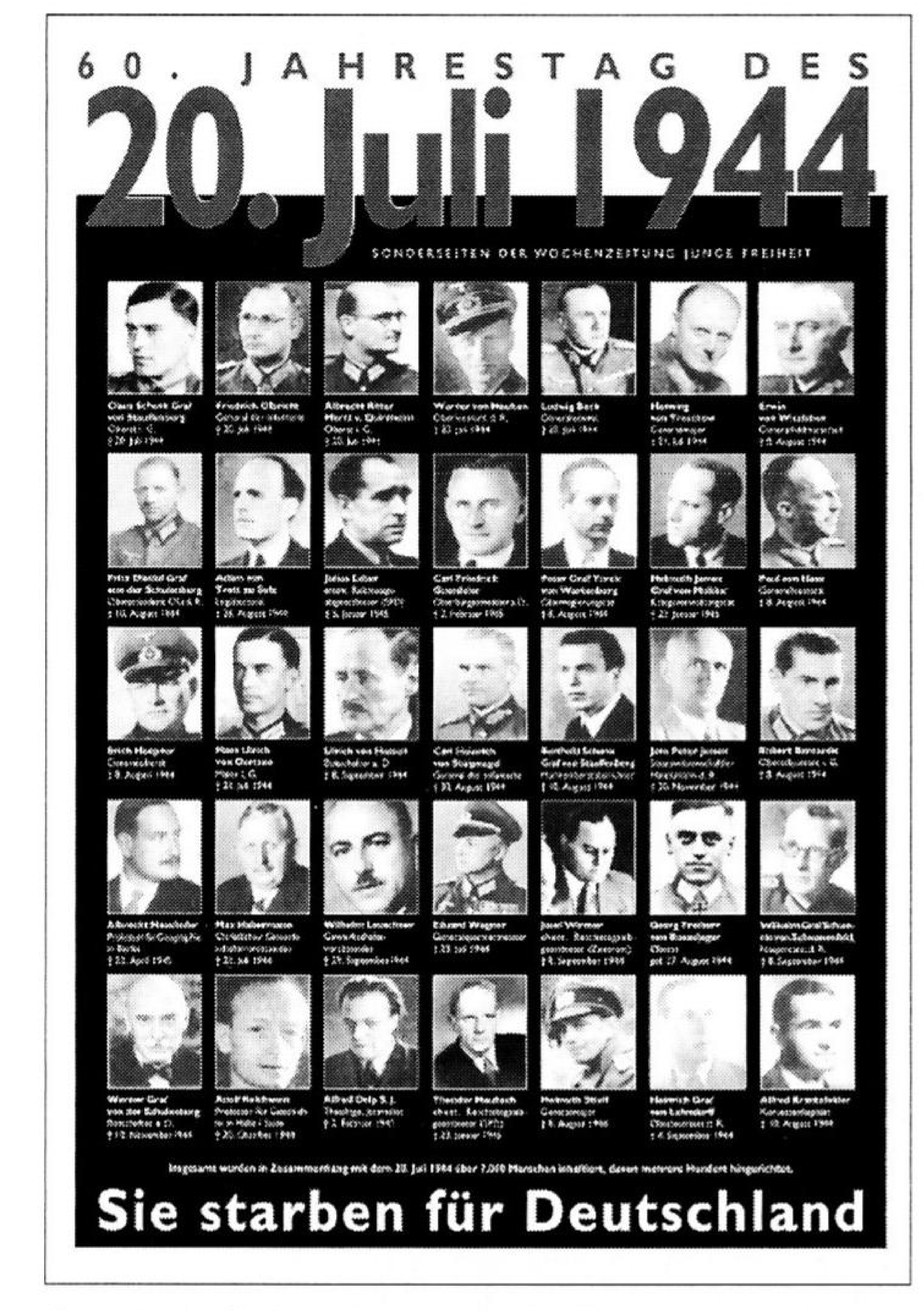
Diese Haltung, die schon von der alten SRP und in den Folgejahren von NPD und DVU aufgenommen wurde, fand ihre „zeitgemäße" Entsprechung in den Verlautbarungen von „Störtebeker-Netz" und „Freiheit Wattenscheid".

„Freiheit Wattenscheid"

Letztere lieferten in einem Resümee „Hochverrat statt Widerstand" einen interessanten Beitrag zur Diskussion, indem sie detailliert die NS-Vergangenheit der Beteiligten der Militäropposition nachzeichneten, z.B. von SS-Gruppenführer Arthur Nebe, der für die Ermordung von über 45.000 jüdischen Menschen als Führer der Einsatzgruppe B verantwortlich war, oder Graf von Helldorf, der als Polizeipräsident die Judendeportationen aus Berlin organisiert hatte. Dabei verweisen sie auf die ideologische Ambivalenz, dass die Vertreter der militärischen Opposition, die von der BRD als „Vorbilder" gefeiert würden, das Ideal eines preußischen Ständestaates und nicht ein demokratisches System vertreten hätten. Für die Neonazis waren die Akteure des 20. Juli „nichts anderes als enttäuschte Nationalsozialisten".

„Institut für Staatspolitik"

Wenn man die Geisteshaltung und die Zukunftsplanung der militärischen Teile des 20. Juli 1944 betrachtet, dann ist es nachvollziehbar, dass die extreme Rechte sie nicht den heutigen Regierenden „überlassen" will.



Sonderheft der „Junge Freiheit"

Und so erklärt sich, dass Ideologen der Neuen Rechten, z.B. Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek („Institut für Staatspolitik"), glauben den 20. Juli für ihre Ideale vereinnahmen zu können. Das Heft 6 der „Sezession" beschäftigt sich u.a. mit diesem Thema und kommt zu der Erkenntnis, dass das Attentat eine Vollendung der Ideale der Jungkonservativen der Weimarer Zeit war, geprägt durch den „Tat-Kreis" um Stefan George. „Das Attentat vom 20. Juli 1944 war eine Tat im Geiste des Geheimen Deutschlands, es war – bei allen verzweifelten Versuchen, tatsächlich zum Erfolg zu gelangen – vor allem eine metaphysische Tat."

„Junge Freiheit"

Die „Junge Freiheit" - eher dem preußisch-konservativen Ideal zugetan – dokumentierte in einem „Sonderheft" ihre Identifikation mit den Handelnden des 20. Juli 1944. Dieter Stein fordert, „den Patriotismus und Widerstandsgeist des 20. Juli 1944 ins Zentrum der nationalen Erinnerung zu stellen."

Doris Neujahr meint, das Attentat zeige „die Verzwergung des Politischen heute".

Patriotismus und „Loyalität zu Volk und Nation" sind die Vokabeln, mit denen verschiedene Autoren das Handeln der Akteure charakterisieren.

Alfred Schickel („Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt") ergänzt diese Perspektive mit einem Text („Der lachende Dritte") über die Haltung der Alliierten zum Attentat. Er sieht „misstrauische Vorurteile der Anglo-Amerikaner gegenüber der deutschen Militäropposition", wobei er sich fragt, „ob dies aus Ignoranz geschah oder mit Bedacht betrieben wurde, um das verbreitete Feindbild von Deutschland nicht kritisch hinterfragen und von eingefahrenen Kriegspraktiken wie den Bombenangriffen auf die Zivilbevölkerung Abstand nehmen zu müssen."

Verschwörungstheoretiker

Mit diesem Ansatz nähert Schickel sich einem anderen Autoren aus der Grauzone zwischen „akademischem" Neofaschismus und den „militanten" Teilen. Es ist Wolfgang Eggert, der mit einem Essay „Diese ‚Verbrecher', die dem Krieg ein Ende setzen wollten" versuchte, in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden.

Eggert gehört seit vielen Jahren zu einem Kreis von antisemitisch geprägten Verschwörungstheoretikern, die mit wildesten theoretischen Konstrukten die Ursachen für historische Entwicklungen und Ereignisse dem „allmächtigen Wirken" zionistischer Verschwörer anlasten.

Sein Beitrag zum 20. Juli 1944 hat dabei eine besondere Note. Ähnlich wie Schickel beschreibt er die kritische Distanz der Alliierten gegenüber dem Kreisauer Kreis, geht jedoch weiter und behauptet, es habe eine „fortgesetzte alliierte Sabotage gegen den antifaschistischen Widerstand" gegeben, die Naziführung sei vor dem 20. Juli gewarnt worden und die Bombe habe Hitler deshalb nicht getötet, weil sie „britischer Bauart" gewesen sei.

Der 20.Juli 1944 - Legitimation für die Bundesrepublik?



Bendlerblock in Berlin-Tiergarten

Manfred Wilke, früher als akademischer Kommunistenjäger in der Gewerkschaft berüchtigt, überraschte am 12. Juli diesen Jahres die Leser der „Netzeitung" unter der Überschrift „Was dürfen Deutsche noch erinnern?" mit der These, dass in der alten BRD der 20. Juli ein Gedenktag von gleichem Rang gewesen sei wie der 17. Juni. Zwar wird sich niemand daran erinnern können, an diesem Tag jemals arbeitsfrei gehabt zu haben, aber Wilke meinte dies auch eher im ideologischen Sinne im Systemvergleich mit der DDR.

Von Ulrich Schneider

„Die Botschaften des Gedenkens in der Bundesrepublik und der DDR waren von politischer Natur. Ging es im Westen um Menschenwürde, Demokratie und den Respekt vor dem Selbstbestimmungsrecht fremder Völker, so heroisierte die DDR den Widerstandskampf der deutschen Kommunisten und die Befreiungstat der Sowjetarmee. Die toten Antifaschisten rechtfertigten die kommunistische Diktatur", so Manfred Wilke. Gleichzeitig habe die DDR den 8. Mai 1945 zum Gedenktag verordnet.

Im Westen also Erinnerung an Zivilcourage und Heroismus im Widerstand, im Osten verordnetes Gedenken an den Tag der Niederlage. So einfach funktioniert Schwarz-Weiß-Denken. Und Wilke lieferte das Stichwort, das den neuen ideologischen Umgang mit dem 20. Juli charakterisierte: „An dem Versuch des deutschen Widerstands am 20. Juli 1944, einen selbst bestimmten Ausweg aus Diktatur und Krieg zu finden, konnte die Bundesrepublik als demokratisches Gemeinwesen anknüpfen."

Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit nahm dieses Stichwort 2004 auf und erklärte auf der offiziellen Feierstunde, die Frauen und Männer des 20. Juli seien zu „geistigen Wegbereitern unserer Republik" geworden. Er verwies zugleich darauf, dass es in den vergangenen Jahrzehnten Debatten über die Attentäter gegeben habe, die „zum Teil auch unwürdig" gewesen seien. Heute könne zum ersten Mal erlebt werden, „dass das öffentliche Gedenken des 20. Juli durch keine größere Kontroverse getrübt wird".

Diese etwas verschämte Formulierung verweist darauf, dass sich besonders die Bundeswehr in ihren Entstehungsjahren bekanntlich ausnehmend schwer getan hatte mit diesen „Vaterlandsverrätern" und „Eidbrüchigen Verschwörern". Allein die Tatsache, dass die meisten von ihnen hingerichtet wurden, sie also als Märtyrer gelten konnten, war ein Zugang zur Akzeptanz in der Armee. Nicht mehr akzeptabel war es, wenn Offiziere aus politischer Verantwortung für Deutschland sich bewusst auf die Seite des militärischen Gegners gestellt hatten, wie z.B. der „Bund deutscher Offiziere" oder das „Nationalkomitee Freies Deutschland". Dies war (und ist bis heute noch) im Verständnis der Bundeswehr Hochverrat.

Bundeskanzler Schröder ging in seiner Rede 2004 noch einen Schritt weiter. Er versuchte nicht nur den 20. Juli für unser bundesrepublikanisches Gemeinwesen zu vereinnahmen, sondern darüber hinaus im Sinne der neuen Bundeswehr-Strategie zu instrumentalisieren. Die Vertreter des Widerstandes hätten gezeigt, dass es kein „Landesverrat" sei, wenn man das eigene Land und die Menschheit von einer barbarischen Gewaltherrschaft befreien will, sagte Schröder bei der Feier im Berliner Bendlerblock. Die Attentäter hätten aus christlich-humanistischer Tradition gehandelt und die beste Tradition aufgezeigt, auf die sich deutsche Soldaten heute berufen könnten, auch bei den Auslandseinsätzen. Denn die Bundeswehr sei der Freiheit und dem Frieden verpflichtet, auch auf dem Balkan oder in Afghanistan.

Aber nicht nur für die militärische Tradition wurde dieses Ereignis instrumentalisiert. Ähnlich wie Wowereit reklamierten auch die CDU/ CSU-Vertreter den 20. Juli für die Staatslegitimation. Bundespräsident Köhler sprach noch allgemein vom 20. Juli 1944 als „Ehrendatum in der deutschen Geschichte". Seine Begründung: Wenn das Attentat auf Adolf Hitler nicht gescheitert wäre, hätte dieser Tag vielen Millionen Menschen das Leben gerettet. Für Edmund Stoiber waren die Vertreter des 20. Juli „große Deutsche und wahre Patrioten". Diese Männer und Frauen stünden mit „ihrem Aufstand des Gewissens für ein anderes Deutschland, das sie selbst nicht mehr erleben durften."

Schon im letzten Jahr argumentierte Verteidigungsminister Peter Struck in gleicher Perspektive: „Sie taten dies, um [...] den Menschen in Deutschland ein freies, selbstbestimmtes und würdiges Leben zu ermöglichen".

Solche Ansätze veranlassten Markus Ströhlein zu einem bitteren Kommentar im jüdischen Internetorgan Hagalil:

„Doch nicht nur „Staat" lässt sich mit Stauffenberg machen, sondern auch „Volk", wie Manfred Stolpe anlässlich des Datums „20. Juli" vorschwebt: „Durch das Nachdenken über ein eigentlich gemeinsames deutsches Datum eröffnet sich auch die Chance, dass sich die Deutschen in Ost und West näherkommen, der schwierige Prozess des Zusammenwachsens befördert wird." „Erinnerungskultur" offenbart sich nicht als Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und im Fall des Attentats auf Hitler an die Tat einzelner Menschen. Gedenken ist Arbeit an deutscher Identität, in der historische Subjekte Handelnde für das Kollektiv und Taten Mythen werden. ... Mit Stauffenberg und dem Attentat des 20. Juli erhält sie eine weitere Nuance, denn die Verschwörer „haben Deutschland und seinen Menschen eine Hoffnung auf Vergebung geschenkt" (Struck 2003)".

Antifaschistischer Widerstand als Basis gemeinsamer Identität wäre dann glaubwürdig, wenn er tatsächlich in seiner ganzen politischen Breite, aber auch in seiner Isoliertheit in der deutschen Bevölkerung bis 1945 wahrgenommen würde. Doch dem ist man mit dem Gedenken auch zum diesjährigen 20. Juli keinen Schritt näher gekommen.

Nazi-Headbangers

Extrem rechte Fans auf Heavy Metal-Konzerten

Die weit gefächerte Szene des Heavy Metal gilt in der popkulturellen Landschaft nicht als besonders progressiv und emanzipiert. Die Bands bestehen weitestgehend aus männlichen Mitgliedern, die, obwohl sie durchweg langhaarig sind, dennoch klassische Männlichkeit verkörpern wollen. Entsprechendes gilt für die, wiederum vorwiegend männlichen Fans; sie sind zumeist raubeinig und eher sexistisch als rassistisch. Doch auch hier, wie in anderen Szenen, gibt es sowohl erklärte Antifaschisten als auch Rassisten. Der Großteil der Fans schert sich indes wenig um Politik und möchte vor allem Spaß bei der nächsten Party haben. Getrübt wird das Amüsement jedoch von Neonazis, die auf den Events der Szene auch ein wenig Abwechslung vom Alltag suchen.

Von Christian Dornbusch



Impressionen aus dem Publikum


Auftritt von „Satanic Warmaster" aus Finnland

Als das größte Ereignis in Sachen Metal gilt mittlerweile unangefochten das „Wacken Open Air" in Wacken. Über 33.000 Besucher aus Deutschland und angrenzenden Ländern pilgerten am ersten Augustwochenende in die kleine schleswig-holsteinische Gemeinde. Offensichtliche Neonazis waren dabei in der absoluten Minderzahl. Nur vereinzelt präsentierten junge Männer ihr „Landser"-T-Shirt oder solche extrem rechter Metal-Bands oder eben Tätowierungen mit neonazistischer Symbolik. Omnipräsent waren indes Fans der Band „Böhse Onkelz", dem Headliner am Eröffnungsabend. Das Konzert ist der Auftakt ihrer Abschiedstournee. Der Gig in Wacken ist naheliegend, denn die wohl größte Fangemeinde der Frankfurter Band kommt aus dem Hardrock und Metal. Anfang der 1990er war es das Metal-Magazin „Rock Hard", das den Tabubruch vollzog und die Band in ihrem Heft zu promoten begann. Gemessen an der Anzahl der Besucher waren es waren vorwiegend Fans dieser Band, deren Auftreten und äußeres Erscheinungsbild Rückschlüsse auf ein dahinter liegendes rechtes Weltbild zuließen. Trotz der geringen Zahl offensichtlicher Neonazis auf dem Festival und auch des Statements „Metalheads against Racism" im Programmheft war das Angebot auf dem sog. „Metalmarket" erschreckend. Hier wurden an verschiedenen Ständen Produkte neonazistischer Metal-Bands wie „Totenburg", „Bilskirnir" und „Absurd" verkauft.

Das „Party San Open Air" (PSOA) in Bad Berka hingegen ist wesentlich kleiner, auch wenn die Besucherzahl seid Jahren beständig anwächst. Über 4.000 Besucher fuhren Mitte August auf das thüringische Festival. Das Profil der dreitägigen Veranstaltung unterscheidet sich vom „Wacken-Open-Air" durch den engeren musikalischen Fokus. Während das Festival im Norden versucht, alle Stilrichtungen des Metal auf die Bühne zu bringen, widmet sich die süd-ost-deutsche Freilichtveranstaltung der härteren Gangart der Musik, dem Death- und Black Metal. Auf dem übersichtlichen Festival fielen neonazistische Metal-Fans schnell auf – Aufnäher, T-Shirts und Tätowierungen wie „Aryan Nation" über einem überdimensionalen Thorshammer auf der Brust zeigten für andere an, wes Geistes Kind diese Besucher waren. Eintragungen im Gästebuch der Veranstalter zufolge sind einige Nazis auch vom Festivalgelände geflogen. Im Vergleich zu den Vorjahren scheint ihre Präsenz im übrigen rückläufig.

Einen dezidierten Anlass für ihr Kommen gab es im Grunde auch dieses Jahr nicht. Zum Line-Up des PSOA gehörte keine Band, die in der Szene als extrem rechts gilt – einmal abgesehen von der norwegischen Black-Metal-Band „Carpathian Forest". Über sie munkeln Fans, dass deren Sänger „Nattefrost" bekennender Rassist sei. Derartiges ist im Black Metal jedoch beinahe schon die Regel – die Ablehnung einer „fremden Religion" wie der christlichen führt bei vielen dieser satanischen und/oder paganen Bands sukzessive auch zur Ablehnung anderer Kulturen und Migranten im eigenen Land.

Das kleinste und musikalisch spezifischste Festival ist das „Under the black Sun", dessen Name nicht in Verbindung steht zur „Schwarze Sonne"-Symbolik der Wewelsburg. Gut 600 Fans von Black Metal fanden am 9./10. Juli den Weg nach Ahlimbsmühle in Brandenburg. Veranstaltet wird das Festival im nördlich von Berlin gelegenem Nirgendwo vom Berliner Label „Folter Records" und der Konzertagentur „Triple Six Concert Agency". In der Black Metal-Szene genießt die Veranstaltung einen zwielichten Ruf. Obwohl es alljährlich gelingt, renommierte Bands des Genres zu buchen, ist das Open Air auch für seine nicht gerade geringe Anzahl extrem rechter

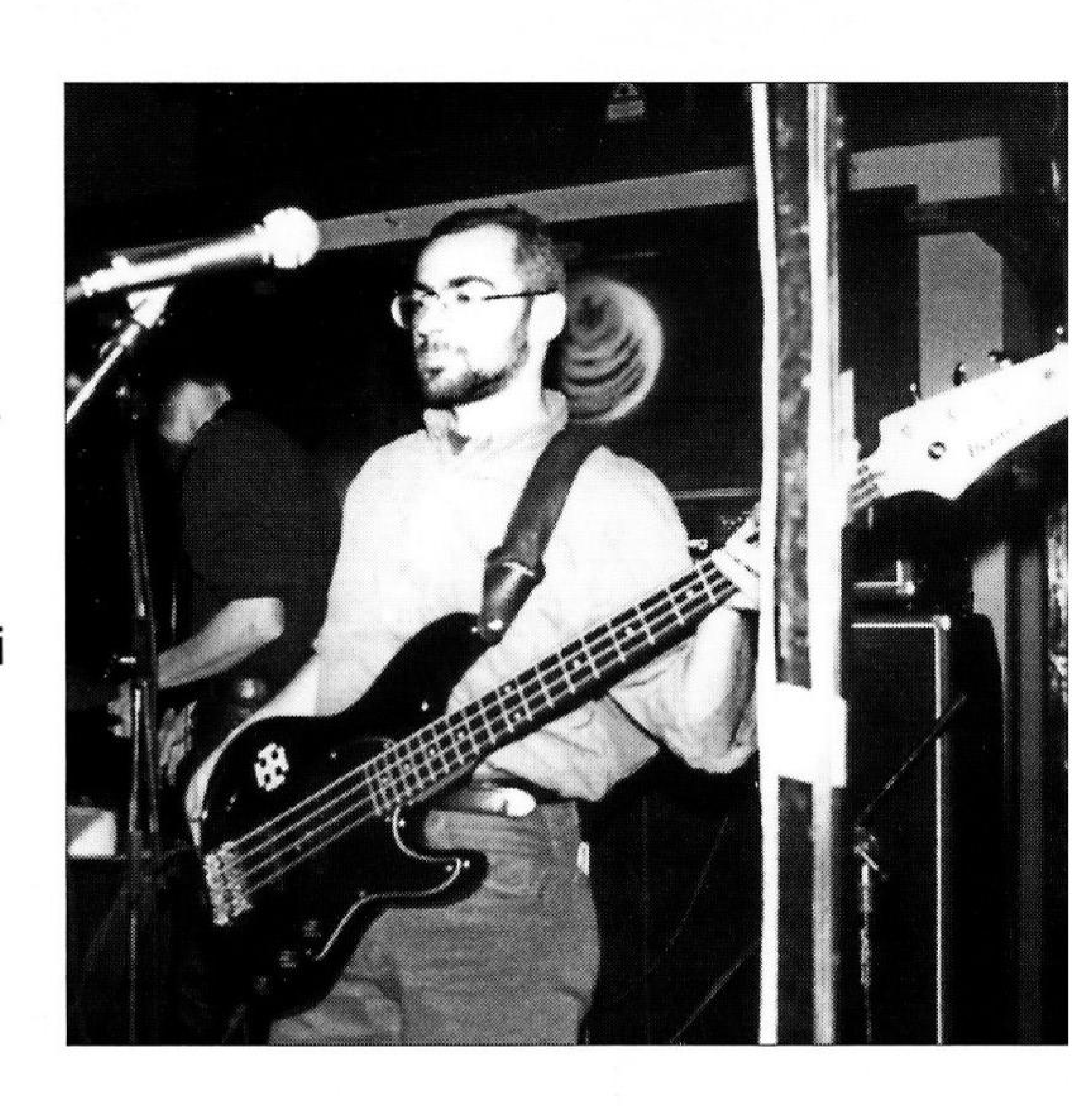
Besucher bekannt. Die Camping-Ordnung gibt beispielsweise vor, dass keine verbotene Musik abgespielt werden darf. Zuwiderhandeln wird mit dem Verweis vom Festival geahndet. Ein Ordner berichtete jedoch, dass sie sich bei der Fülle der Fälle lediglich darauf beschränken, die Leute darauf hinzuweisen, die Musik leiser zu machen. Zwei seien jedoch vom Platz geflogen, da sie die Lautstärke partout nicht herunterregeln wollten. Dabei kommen diese Besucher nicht durch Zufall. In diesem Jahr spielte beispielsweise einer der aktuellen Shooting-Stars des neonazistischen Black Metal auf dem Festival, die finnische Band „Satanic Warmaster". Auch von der ebenfalls aus Finnland stammenden Gruppe „Azaghal"' sind rassistische Äußerungen bekannt. Es kann daher auch nicht verwundern, dass gerade hier das sächsische, vorwiegend auf NS-Black Metal spezialisierte Label „No Colours" mit einem Verkaufsstand anwesend war.

Deutlich wurde angesichts der in diesem Sommer besuchten drei Metal Open Airs, dass extrem rechte bis neonazistische Fans vor allem dort anwesend sind, wo ihnen entweder ein direktes Angebot gemacht wird, wie zum Beispiel mit dem Auftritt von „Satanic Warmaster" oder das geballte Angebot an extremer Musik sie anspricht. Obwohl Black Metal die wohl kleinste Sparte des musikalischen Genre Metal ist, tummeln sich hier die meisten Fans mit rassistischen, antisemitischen und teilweise auch unverhohlen neonazistischen Ansichten. Letztlich sind sie ein Spiegelbild der Musik. Nicht nur musikalisch sind die Underground-Bands extrem, auch deren Musiker outen sich in Interviews häufig als Rassisten und Nazi-Sympathisanten.

Sommernachtstraum

Trotz antifaschistischer Öffentlichkeitsarbeit fand am 31. Juli 2004 das extrem rechte Dark Wave-Konzert „Mitternachtsberg-Fest" in der Burg Vondern in Oberhausen (NRW) statt.

Von Jochen Koblinski



Gerhard Petak beim Auftritt von „Allerseelen"

Als Veranstalter trat der „Forsite-Verlag" auf. Dieser gehört dem 31-jährigen Dennis H. Krüger aus Bottrop. In seinem Verlagsangebot zu „Frühgeschichte-Mythologie-Esoterik" sind einschlägige Standardwerke der nationalsozialistischen „Rassenkunde" ebenso zu finden wie die Werke der völkischen Antisemiten Guido von List und Jörg Lanz von Liebenfels. Aufgrund seiner häufigen Teilnahme an neonazistischen Demonstrationen wird Krüger von der örtlichen Antifa der neonazistischen Szene im Ruhrgebiet zugerechnet.

Aufgetreten sind die Neo-Folk-Bands „Cawatana" (Ungarn) und „Lux Interna" (USA) sowie die österreichische Formation „Allerseelen". Angekündigt wurde diese Gruppe um den extrem rechten Esoteriker Gerhard Petak lediglich unter dem Namen „Aar" – zu groß war scheinbar die Sorge vor der kritischen Öffentlichkeit hinsichtlich der seit Jahren formulierten Kritik an der Band und dem Musiker. Jüngst erst steuerte „Allerseelen" einen Song zur Compilation „Wir rufen Deine Wölfe" bei, die dem Begründer des „Neuen Nationalismus" und Kämpfer gegen die Weimarer Republik Friedrich Hielscher gewidmet ist. Die CD wurde im übrigen auf dem Label „Aorta" von Petak veröffentlicht, die LP-Fassung auf „Ahnstern", einem Sublabel von „Steinklang Records" (Österreich)

Nachdem die örtliche Presse berichtet hatte, versuchte der Vermieter, der „Förderkreis Burg Vondern", den Vertrag zu kündigen, scheiterte aber an juristischen Schwierigkeiten. Auch die Stadt fand keinen Grund, die Genehmigung für das Konzert zurückzunehmen, engte aber über Auflagen den Veranstaltungsrahmen ein.

Letztendlich fanden nur ca. 60 zahlende Gäste den Weg zur Burg. Der angekündigte „Mitternachtsberg" wurde nicht erreicht, denn pünktlich um 22 Uhr musste das Konzert beendet sein. Verfassungsfeindliche Symbole wurden, wie sonst auf vielen derartigen Veranstaltungen üblich, hier nicht zur Schau gestellt. Die Präsenz der Polizei sorgte wohl für dieses verhaltende Auftreten. Unscheinbar am Rande platziert wurden Interessierten lediglich die aktuellen Ausgaben der Magazine „Zinnober" und „Wolfszeit" sowie ein paar CDs angeboten.

Um die Burg herum hielt sich eine Hundertschaft der Polizei auf. Sowohl in der verhältnismäßig zahlreich anwesenden Security als auch unter den Gästen befanden sich einige Neonazis aus dem Ruhrgebiet. Als geschäftsfördernden Einstand im neuen Metier der Konzertveranstaltungen dürfte dieser Abend für den Veranstalter jedenfalls mächtig daneben gegangen sein.

Razzia in Kirtorf und Bastheim

Just einen Tag vor der Ausstrahlung einer Sendung über die neonazistischen Umtriebe in Kirtorf im Vogelsbergkreis bei Kontraste (ARD), am 25.8.2004 stürmten über 100 Einsatzkräfte der Polizei die privaten Gebäude der Neonazis Bertram Köhler und Glenn Engelbrecht (beide Kameradschaft „Berserker Kirtorf"). Zeitgleich wurde eine Razzia in Bastheim (bayrische Röhm/ Unterfranken) in der Wohnung eines 30-Jährigen durchgeführt. Der war Veranstalter des Konzerts am 3. Juli in Kirtorf, das Auslöser für den Großeinsatz war. Nach Polizeiangaben bestanden erst im Nachhinein Anhaltspunkte für volksverhetzende Straftaten auf der als privat deklarierten Veranstaltung.

Fündig wurde die Polizei vor allem auf dem Anwesen von Köhler, es wurden einige erlaubnispflichtige Schusswaffen und Munition, Unterlagen und Dokumente, Bild- und Tonträger (darunter der Band „Gegenschlag"), Propagandamaterial und Nazi-Devotionalien wie Hakenkreuzfahne, Hitlerportraits und -büsten sichergestellt.

Vielleicht hat das Heranrücken des Sendetermins im Fernsehen genauso so viel mit der der Razzia zu tun wie die verbotene Antifa-Demonstration, die für den 17. April angesetzt war, letztlich zur Organisierung eines bürgerlichen „Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus" geführt hat. Der Mauer des Schweigens und Duldens scheint damit nach über 10 Jahre langem neonazistischem Treiben ein Ende gesetzt.



„Die Republikaner" in NRW auf Bündniskurs

Anlässlich der Kommunalwahlen in NRW kommt es in einzelnen Städten zu teilweise illustren rechten Bündnissen. So verkündeten die Düsseldorfer „Republikaner" (REP), „fünf rechte Parteien" vereint zu haben: REP, DVU, „Deutsche Partei", „Bund freier Bürger" (BfB) und „Schill-Partei/Pro DM" (bzw. deren Nachfolge). Sämtliche Bündnispartner haben in Düsseldorf allerdings nur eine sehr geringe Bedeutung, der BfB ist sogar längst aufgelöst. Auf Platz 3 der Liste für den Stadtrat und Platz 1 für die Wahl der Bezirksvertretung des Stadtbezirkes Eller findet sich der Düsseldorfer DVU-Vorsitzende Holger von der Heydt, den man hin und wieder auch Schulter an Schulter mit Neonazis der „Kameradschaft Düsseldorf" auf Aufmärschen antreffen kann. In Eller haben neonazistische Aktivitäten in den letzten zwei Jahren stark zugenommen, mehrere Aktivisten der „Kameradschaft" leben hier.

Düsseldorf ist nicht der einzige Fall. So kam es in Lüdenscheid zum Eklat, nachdem sich REP und NPD darauf verständigt hatten, gemeinsam auf einer REP-Liste zu kandidieren. Unmittelbar nach dem REP-Spitzenkandidaten Jürgen Thiel folgt der NPD-NRW-Chef Stephan Haase. Der REP-Landesvorstand leitete ein Parteiausschlussverfahren gegen Thiel ein und richtete erfolglos eine Anfechtung der Listenkandidatur an die Stadt. Jetzt soll das Lüdenscheider REP-Wahlvolk mittels Plakate dazu aufgefordert werden, die Liste nicht zu wählen. Ob dieses in Düsseldorf auch geschehen wird, ist fraglich. Schließlich mischt einer der Parteioberen, der stellvertretende REP-Bundesvorsitzende Björn Clemens, Rechtsanwalt in Düsseldorf und Zweitplatzierter zur Stadtratswahl, persönlich mit.

Revisionistische Aufklärungsarbeit für Polen

Ende Juli hat eine Plakatieraktion von drei deutschen Männern in der polnischen Kleinstadt Boleslawiec, 50 km hinter der deutsch-polnischen Grenze Empörungen hervorgerufen.

Von Annelies Senf

Die Plakate, auf denen die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg angeprangert wird, bezichtigen die polnische Bevölkerung grausamer Unrechtstaten.

Die polnische Polizei nahm den 22-jährigen Gerhard G. aus Zittau, den 24-jährigen Stephan R. aus Oybin sowie den 26-jährigen Jürgen Hösl-Daum aus Görlitz fest und beschlagnahmte einen Bus voller Flugblätter und Plakate. Mangels einer Anklage musste sie die Männer aber wieder frei lassen.

Hösl-Daum, der seit Juni diesen Jahres als DSU-Mitglied im Görlitzer Stadtrat sitzt, war vorher CSU-Mitglied und Regionalbeauftragter für Mittel-Franken in Mechtersheimers „Deutschland-Bewegung". Im Mai letzten Jahres übernahm er den stellvertretenden Bundesvorsitz und die Geschäftsführung der Schlesischen Jugend in Görlitz. (siehe DRR Nr. 84) Bereits im Mai 2003 wurde er in Polen vorläufig festgenommen, als er mit zwei weiteren SJ-Mitgliedern Holzkreuze mit der Aufschrift „Niemcy 1945-46" bei Wroclaw aufstellte.

Auf deutscher Seite waren die Reaktionen zu der Plakataktion verhalten. Der Görlitzer OB Karbaum zeigte sich zwar betroffen: „Mich bedrückt, künftig in einem Stadtrat sitzen zu müssen, in dem ein solcher Mann anwesend ist!", zog aber keine Konsequenzen. Für den DSU-Kreisvorsitzenden in der Oberlausitz, Wiedemuth, dessen Kritik sich lediglich gegen die Aktion, nicht aber gegen die Inhalte der Plakate richtet, stehe ein Ausschlussverfahren gegen Hösl-Daum vorerst nicht zur Debatte. Zweifelhaft ist die Verurteilung der Aktionen durch Christoph Wylezol, Bundesvorsitzender der SJ, der, wie er in der „Jungen Freiheit" berichtete, Hösl-Daum bei der Holzkreuzaktion unterstützte. Er teilte mit, dass „wir (...) durch einen Anwalt den Ausschluss Hösls aus der Organisation prüfen" lassen.

Die Aktion ist Teil einer bundesweiten Kampagne „Gegen das Vergessen", die Hösl-Daum mit einem Rundschreiben ins Leben rief. Der Start war am 1. Mai 2004 in Zittau und Görlitz bei der feierlichen Aufnahme Polens und Tschechiens in die EU. Während der Anwesenheit der Regierungschefs Polens, Tschechiens und der BRD verteilten er und seine Leute Flugblätter und Plakate. Offensichtlich beabsichtigt er, dass sich der Opfermythos der deutschen Vertriebenen auch in Polen und Tschechien durchsetzt. Gleichzeitig grenzt er sich in diesem Schreiben von der Vertriebenenpolitik Erika Steinbachs ab und spricht sich gegen den Bau des Zentrums gegen Vertreibungen als Relativierung der deutschen Opfer aus.

Was mit den Männern geschieht, bleibt vorerst offen. Sicher ist, dass Hösl-Daum weiter im Görlitzer Stadtrat sitzt. Bisher ermittelt lediglich die polnische Staatsanwaltschaft gegen die drei. Im Fall einer Verurteilung in Polen drohen den Männern, denen Aufruf zum Rassenhass und Verunglimpfung der polnischen Nation vorgeworfen wird, Geld- oder sogar Haftstrafen bis zu drei Jahren. OB Karbaum hat selbst bisher keine Anzeige wegen der Aktion am 1. Mai in Görlitz erstattet. Solange es keine Anzeigen gibt, ermittelt auch die Staatsanwaltschaft nicht.

Vor allem die Situation vor Ort ist es, die den Unbelehrbaren ungestörtes Agieren ermöglicht. Wie AMAL Görlitz in einer Presseerklärung anmahnt, können die Revisionisten mit der Inszenierung eines deutschen Opfermythos an einem gesellschaftlichen Klima anknüpfen, in dem der unreflektierte Rückgriff auf eine „schlesische Identität" stattfindet.

Erster Naziaufmarsch für ein antijüdisches Pogrom seit 1945



Aufmarsch in Bochum am 26.06.2004

Karlsruhe machte ihn möglich – Antwort mittels einer etwas anderen 20. Juli-Feier in Bochum

Von Ulrich Sander

Nazis feierten die Karlsruher Genehmigung ihres antisemitischen Aufmarsches vom 26. Juni in Bochum als „Türöffner", um „eine bislang unkritisierbare Gruppe in das Fadenkreuz des Protestes zu rücken". Juden wieder im Fadenkreuz! Antifaschisten, die dagegen angehen wollten, wird gedroht: Sie „gehören an die Wand gestellt" (störtebeker-netz). Es kam nun in Bochum zu einer etwas anderen 20. Juli-Kundgebung. Erst gut eine Woche später meldete sich dann das Bundesverfassungsgericht mit seiner Urteilsbegründung zum vorherigen Spruch zugunsten der Nazis zu Wort: Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit gelte auch für Minderheiten und dürfe nicht unter den Vorbehalt gestellt werden, dass Meinungen den herrschenden sozialen und ethischen Auffassungen entsprächen. (Az. 1 BvQ 19/04) Der antinazistische Urteilsspruch des höchsten Verwaltungsgerichtes von NRW, des OVG Münster (Az 5 B B 585/01), dass „sich eine rechtsextremistische Ideologie auch nicht mit den Mitteln des Demonstrationsrechtes legitimieren lässt", soll damit ausgehebelt werden.

Erstmals seit 1945 wurde es somit in einer deutschen Großstadt möglich, dass Nazis mit einer antijüdischen pogromhetzerischen Zusammenrottung gegen die Existenz einer Synagoge aufmarschierten und rassistische antijüdische Losungen brüllten. Darauf wiesen Überlebende des deutschen Widerstandes und der NS-Verfolgung in einem Aufruf zum 20. Juli hin: Das Bundesverfassungsgericht habe mit seiner Entscheidung des 1. Senats vom 24. Juni den Antisemitismus und Faschismus zur zulässigen „Meinungsäußerungen" umgefälscht, die in der Propaganda verbreitet werden dürfe. „Jeder und jede ist zum Widerstand dagegen aufgerufen," heißt es in der Erklärung, die von führenden Repräsentanten der Föderation des Internationalen Widerstandes (FIR), der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/BdA sowie von Lagergemeinschaften und vom deutschen Auschwitzkomitee unterschrieben wurde. Die Überlebenden von Verfolgungen wie Esther Bejarano (Auschwitz), Dr. Hans Coppi (überlebte als Kind im Gefängnis), Peter Gingold (Resistance), Kurt Goldstein (Auschwitz und Buchenwald) und Ernst Grube (Theresienstadt) rufen dazu auf, die „Befolgung von Befehlen und Richtersprüchen, die faktisch Förderung von Antisemitismus und Faschismus darstellen," als „nicht mit dem Grundgesetz vereinbar" abzulehnen.

Im Nazi-„Störtebeker"-Netz wurden inzwischen die Unterzeichner des Aufrufs der Holocaustüberlebenden bedroht: „Wäre es aus rechtlichen Gründen nicht bedenklich, so wären wir versucht die Aufrufsunterzeichner pauschal als gemeines Lumpenpack zu bezeichnen, das an die Wand gestellt hört."

Engelhafte Aussichten

Von Andreas Speit

Keiner der Angeklagten ist im Gerichtssaal. Seit dem 20. April diesen Jahres verhandelt das Militärgericht La Spezia gegen die früheren SS-Offiziere Gerhard Sommer, Alfred Schönenberg und Ludwig Sonntag wegen der Kriegsverbrechen in Sant'Anna di Strazzema. Doch selbst wenn das italienische Gericht die Offiziere der 16. Panzer-Grenadierdivision „Reichsführer SS" verurteilt, bedeutet das nicht, dass sie auch von einem deutschen Gericht für Schuldig befunden werden.

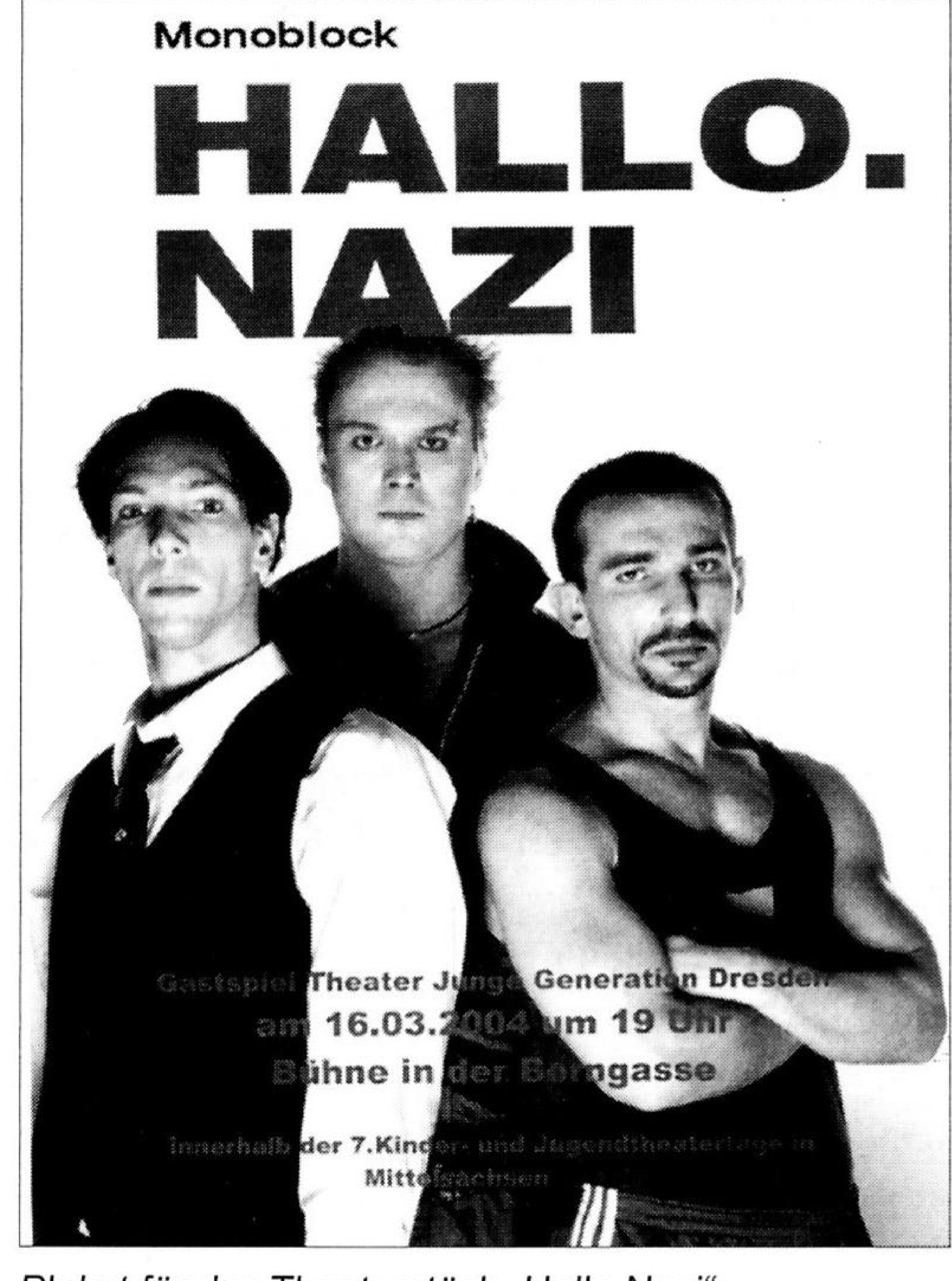
Die Staatsanwaltschaft La Spezia beschuldigt die Angeklagten am 12. August 1944 bei der Ermordung von 560 Menschen in dem toskanischen Dorf Sant'Anna di Strazzema die Befehlsgewalt inne gehabt zu haben. In den frühen Morgenstunden war die 4. Kompanie der SS-Einheit in das Bergdorf eingefallen. Sie suchten angeblich Partisanen, fanden aber alte Leute, Frauen und Kinder. Binnen vier Stunden hatte die Einheit beinahe alle Bewohner, unter ihnen etwa 100 Kinder, erschlagen, erschossen oder verbrannt. „Da wurden die Menschen zusammen getrieben, vor der Dorfkirche und dann wurde geschossen", erzählte ein SS-Unterscharführer einem ARD-Reporter. In der Kirche riss die SS die Bänke heraus, warf sie auf die Opfer und setzte mit Flammenwerfern alles in Brand. Zu Beginn des Verhandlung verzögerte Sommers Verteidiger mit verschiedensten Anträgen die Verhandlung. So verwies der Anwalt des ranghöchsten Verdächtigten per Antrag auf die Nichtigkeit der internationalen Ermittlungen. Das Gericht lehnte jedoch alle Anträge ab.„Wir beobachten die Verhandlung sehr genau", erklärt indes Eckart Maak, Sprecher der Staatsanwaltschaft Stuttgart. Seit 2002 ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen die 80- und 83-jährigen Rentner. Anders als vor einem Militärgericht, betont Maak, müsste vor einem Gericht nicht die Befehlsgewalt, sondern die direkte Tatbeteiligung nachgewiesen werden, um eine Verurteilung zu erreichen. Eine Verurteilung in Deutschland müssen die früheren SS-Offiziere nicht unbedingt erwarten. Hat doch der Bundesgerichtshof am 25. Juni diesen Jahres das Verfahren gegen den ehemaligen SS-Offizier Friedrich Engel, wegen der Erschießung von 59 Häftlingen aus dem Marassi-Gefängnis in Genua 1944, eingestellt. Vor knapp einem Jahr hatte das Hamburger Landgericht den Pensionär zu sieben Jahre Haft verurteilt. In Turin verhängte das Militärgericht schon 1999 eine lebenslange Haftstrafe. Die Leipziger Richter sahen jedoch keine ausreichenden „Mordmerkmale der Grausamkeit". Dieser indirekte Freispruch eines der höchsten deutschen Gerichte dürfte die folgenden Verfahren nachhaltig beeinflussen.

Theater über Nazis

Während „Aktionskünstler" Schlingensief Theater mit Neonazis macht, um deren Handeln zu verharmlosen, gibt es auch Stücke, die zur Aufklärung über Neonazis beitragen können. Die Stücke „Hallo Nazi" von Monoblock und „Zum Beispiel Harim (oder: kommt man dazu auf die Welt?)" von Rote Grütze tragen zur fruchtbaren Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus und Rassismus bei.

Von Raimund Hethey

Christoph Schlingensief verschafft mit seiner Theaterproduktion Neonazis öffentliche Foren, die sie sonst nicht bekämen. Seinen jüngsten Coup landete er bei den Wagner-Festspielen in Bayreuth, als er zu Ehren seines Vorbilds Joseph Beuys, bekennender Anthroposoph und „Neurechter", lebende Hasen über die Bühne hoppeln ließ. Sein vermeintlicher Aussteiger aus der „rechten Szene", Martin Kohlmann, der dem Zürcher Publikum anlässlich der „Hamlet"-Inszenierung von Schlingensief zurufen durfte „ihr seid rechtsradikal- nicht wir!" macht derweil weiter als „Republikaner" Furore im Chemnitzer Stadtrat, produziert rassistische Wahlkampf-Flyer und betreut junge Schüler in einer rechten Pennäler-Burschenschaft als „alter Herr".



Plakat für das Theaterstück „Hallo Nazi"

„Hallo Nazi"

Theater gegen Nazis und ihre menschenverachtende Ideologie produzierten das GRIPS Theater und „Rote Grütze". Das Stück „Hallo Nazi" von Monoblock erzählt von einer blutigen Schlägerei zwischen rechtsradikalen Deutschen mit polnischen Automechanikern, in deren Verlauf der Schwarzarbeiter Zygmunt schwer verletzt in die Klinik eingeliefert wird. Der 17-jährige Deutsche Rudi und der 20-jährige Pole Jan werden in Gewahrsam genommen und in dieselbe Zelle einer ostdeutschen Polizeistation gesteckt. Bis zur Fertigstellung des Vernehmungsprotokolls müssen sie zusammen in der engen Zelle aushalten. Der Pole Jan kann seine Aufenthaltsgenehmigung verlieren und der Deutsche Rudi seine berufliche Zukunft. Der vernehmende Polizeibeamte, Erich, nur wenig älter als die beiden Inhaftierten, zeigt eine versteckte Sympathie für Rudi. Der „Ausländer" Jan erklärt dem „deutschen" Rudi, dass dessen ganzer Stolz und seine Aggressionen Folge mangelnden Selbstbewusstseins sind. Beide streiten sich über die gleichen amerikanischen Kultfilme, aus denen sie ihre Lebensphilosophie entwickelt haben. So sind beide von American History X fasziniert. Als die Nachricht vom Tod Zygmunts die Polizeiwache erreicht, muss Rudi in eine andere Haftanstalt verlegt werden. Seine Kameraden lassen ihm die Botschaft zukommen, dass er sich für den Tod verantwortlich erklären soll, weil er der Jüngste der Gruppe sei und mit einer milderen Strafe rechnen könne. In dieser Situation sucht Rudi Hilfe und Zuspruch bei seinem „ausländischen" Zellengenossen. Monoblock liefert einen Erklärungsversuch zur Eskalation von Gewalttätigkeit aus der Täter-Perspektive. Eineinhalb Jahre hat das Autorenkollektiv in der rechten Szene für das Stück recherchiert. Das Jugendtheaterstück des Jahres 2001 entstand als Co-Produktion des Berliner GRIPS Theaters und des Dresdner Theaters der jungen Generation.

„Zum Beispiel Harim"

Das Berliner Theater Rote Grütze geht der Leidensgeschichte des jungen Deutsch-Irakers Harun Rashid nach, der am 24. Juli 2000 am Oderiner See bei Teurow (Dahme-Spreewald) von einer Gruppe rechtsradikaler Jugendlicher getreten und geschlagen wurde. Das Theaterstück „Zum Beispiel Harim" wird von einem Schauspieler gespielt, der sich bei der Darstellung der Geschichte in die verschiedenen Personen hinein versetzt. Es erzählt von Fremdenhass und Gewalt, ihrer Wirkung und Überwindung. Der Mitbegründer von Rote Grütze Holger Franke hatte von den Vorgängen am Oderiner See in der Berliner Zeitung gelesen und Kontakt zu dem damals 15-jährigen Opfer aufgenommen. Seine Eindrücke aus intensiven Gesprächen mit Harun Rashid fasste er in dem Einpersonenstück zusammen, das sich an Schüler ab 14 Jahre richtet. Die sparsam ausgestattete Inszenierung hat mehrere Erzählebenen: eine auf dem Steg am See, die andere am Frühstückstisch beim Zeitungslesen und manchmal verschwimmen die Perspektiven zwischen dem jugendlichen Opfer und dem sechzigjährigen Zeitungsleser. Harun Rashid ging noch in der Tatnacht mit seinen Eltern zur Polizei. Die Täter wurden vor Gericht gestellt und lediglich zu Bewährungsstrafen verurteilt.

Beide Stücke vermitteln anschaulich, wie Jugendliche zu Vorurteilen und Gewaltverherrlichung kommen können. In den von den Schauspielern nach ihrer Aufführung angebotenen Diskussionen mit dem Publikum sollten aber auch die organisierten, in der Regel von Erwachsenen angeführten Formen des Rechtsradikalismus thematisiert werden. Das Theater bietet von sich aus gute Möglichkeiten der jeweiligen Gesellschaft ihren Spiegel vorzuhalten und eigene Positionen spielerisch zu hinterfragen, wenn es nicht – wie im Fall Schlingensief – zu bloßer Propaganda umfunktioniert und nur am Karrieredenken des Regisseurs ausgerichtet wird.

n-tv strickt mit am Heß-Mythos

Am 3. August zeigte n-tv den Beitrag „Churchills Friedens-falle", dem die Veröffentlichungen des Briten Martin Allen zugrunde liegen. Allen vertritt die These, Churchill habe Schuld daran, dass der II. Weltkrieg nicht schon 1941 beendet wurde, weil er auf den „Heß-Flug" nicht entsprechend reagiert habe. Das Werk erschien Ende 2003 im „Druffel Verlag" auf Deutsch. Bereits im Dezember 2003 hatte sich n-tv in der Reihe „Technik & Trends" mit den Thesen von Allen beschäftigt, in denen der „Heß"-Flug als eine nationalsozialistische Friedensbemühung beschrieben wird.

Eros und Thanatos im Männerbund

Von Andreas Speit

Fiktion und Realität verschmelzen. Die filmreife Landung des vom Präsidenten der Vereinigten Staaten George Bush gesteuerten Kampfjets auf dem Flugzeugträger „Abraham Lincoln“ während des Irakkriegs 2003 und seine nachfolgende triumphale Rede vor der Gloriole von „Stars and Stripes“ und Sonnenuntergang kopierte das Weltrettungsszenario aus dem Film „Independence Day“. Das heroische Motiv wirkt nach. Und auch die implizierte Message von Männlichkeit, Macht und Kampf. Mit dieser aktuellen Inszenierung eröffnet Ulrike Brunotte ihre Studie über die historischen Männerbünde im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. In der Publikation reflektiert die Kulturhistorikerin, wie sich in den gesellschaftlichen Erschütterungen um 1900 die Geschlechteridentitäten von hyperventilierender Männlichkeit und imaginierter Weibesbedrohung vitalisieren. Die Idee eines exklusiven Bundes junger Männer blüht auf. Ihren emphatischsten Theoretiker, den Berliner Psychologen Hans Blüher, stellt Brunotte ins Zentrum. Anhand seiner Schriften analysiert sie, dass die Basis der neuen Gesellschaft eine freiwillige, frauen- und familienferne Gemeinschaft der Söhne sein soll. Diese männerbündische Antwort des Aktivisten der Jugendbewegung und des Wandervogels auf die Frauenemanzipation und die Krise des Patriarchats ist die totale Ablehnung einer offenen Gesellschaft. In dieser reaktionär-elitären Theorie ist allein der männliche Eros die staatstragende Kraft. Die implizierte Homosexualität wird, wie Brunotte auch bei Ernst Jünger und Gottfried Benn aufzeigt, sublimiert: Wahre Männlichkeit sei geistig, ihre erotische Objektwahl kann sich nicht zur Leiblichkeit der Frau herabniedrigen, sondern erfüllt sich im geistig männlichen Gegenüber. Aber auch die Uminterpretation der „esoterisch-romantischen Tradition des einsamen Todeswanderns“ in den Landschaften hin zur „nationalen Erwanderung vom Reich“ bis auf die Schlachtfelder wird dargestellt. Der organische Männerbund mit seinem erotischen Führerkult, konkretisiert Brunotte, stellt sich gegen jede demokratische Moderne: Die Masse gilt als Pöbel und das Weibliche als Dekadenz. Die Wanderungen der Akteure und ihrer Sympathisanten zwischen Homoerotik, Misogynie, Antifeminismus und Antisemitismus skizziert Brunotte detailliert. Die Mentalität der Männerbunde, sei es bei den Künstlergruppen und den Jugendkompanien im Ersten Weltkrieg oder der Freikorps der Weimarer Republik wird sichtbar. Allein die Gender-Studie-Reflektion des „Ernst-Röhm-Putsches“ verklärt ein wenig den historischen Kontext.

Ulrike Brunotte: Zwischen Eros und Krieg. Männerbund und Ritual in der Moderne, Wagenbach Verlag, Berlin 2004, 172 S., 20.50 Euro.

Auschwitz vor Gericht

Von Jörg Knonauer

Als am 20. Dezember 1963 in Frankfurt am Main der Schwurgerichtsprozess „gegen Mulka und andere“ begann, standen zum ersten Mal Mitglieder des SS-Mordkommandos aus dem Vernichtungslager Auschwitz vor einem Gericht der Bundesrepublik. Umfangreiche Ermittlungen des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer hatten den Prozess möglich gemacht. Trotz massiver Widerstände gelang es Bauer damals in Westdeutschland das vorherrschende Schweigen über die NS-Massenverbrechen zu beenden und wenigstens einige der Täter und ihre Taten dem Bewusstsein der Nachkriegsgesellschaft näher zu bringen. Erstmals liegt nun das Urteil als selbständige Publikation vor.

Eine umfassende Analyse des Mordgeschehens in all seinen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen sollte man von der Publikation nicht erwarten. Es ist selbst ein historisches Dokument, dass die Bundesrepublik der 1960er Jahre widerspiegelt. Wenn sich im Urteilstext unkommentiert Begriffe wie „Halbjude“ oder „ostische Völker“ finden, dann ist dies eine Aussage über den Zustand der bundesdeutschen Gesellschaft 20 Jahre nach der militärischen Zerschlagung der NS-Herrschaft. Als Dokument über eines der bedeutendsten Versuche, über das Gesamtgeschehen in Auschwitz aufzuklären, hat das Urteil historischen Wert. Schon um den zunehmenden revisionistischen Tendenzen zu wehren, ist ihm weite Verbreitung zu wünschen.

Friedrich-Martin Balzer, Werner Renz (Hg.): Das Urteil im Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963-1965). Erste selbständige Veröffentlichung, Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2004, 624 S., 39,90 Euro.

Impressum:
Verlag Der Rechte Rand GbR, Rolandstr.16,
30161 Hannover
Postanschrift: Der Rechte Rand, Postfach 1324,
30013 Hannover
Fax: 0511 / 33 60 221
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Werkdruck Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Politische Kultur der Gewalt

Von Christian Grünert

Dass der I. Weltkrieg die Urkatas–trophe des 20 Jahrhunderts war, wird dieser Tage zum Allgemeinplatz. Aus dem Blick gerät dabei, dass politische Gewalt, zumal rechtsextreme, bestimmendes Moment der politischen Kultur der Weimarer Republik war. Eine neue Studie untersucht Kontinuität und Radikalisierung politischer Gewalt in der Gesellschaft der Weimarer Republik.

Der Band setzt bei der Analyse der Voraussetzungen für politische Gewalt als Konfliktinteraktion bei Nietzsche an. Nietzsches implizites Gesellschaftsmodell vom Leben als Kampf, dessen vitalistische Lebensphilosophie der Kriegsverherrlichung sei bereits vor dem I. Weltkrieg weit über die direkten Nietzsche Rezipienten hinaus wirkungsmächtig gewesen. Dem lag eine ästhetisch vermittelte Umwertung der gesellschaftlichen Rolle von Gewalt zu Grunde. Nicht aus Zufall habe sich im Marschgepäck vieler Soldaten Nietzsches Zarathrusta befunden.

Für die Analyse der Kommunikation dieser Gewaltverherrlichung zeitgenössischer Medien zeichnet Schulz ausführlich die deutsche Nachkriegsdebatte zur Rolle und Funktion politischer Propaganda nach. Deren Tenor lautete, Deutschland habe den Weltkrieg im Inland an der geistigen Front, nicht auf dem Schlachtfeld verloren. Als Ergebnis dieser Debatte sei u.a. die propagandistische Aufbereitung der Dolchstosslegende zu sehen, von deren Aktualisierung der Nationalsozialismus profitiert habe.

In der Folge analysiert die Autorin die Ikonographie politischer Plakate der politischen Rechten in der Weimarer Republik. Hier geht sie den Botschaften der Darstellung heroischer Männlichkeit anhand des Bildes vom Weltkriegssoldaten nach. Mit Hilfe einer kulturkritischen Bildtheorie soll es der LeserIn ermöglicht werden, die historischen Plakate mit den Augen des kollektiven Gedächtnisses der Zeitgenossen zu lesen. Diese Ikonographie amalgamiere nationalistische Mythen des 19. Jahrhunderts, die Ideologie des „Geist von 1914“ und antimoderne Ressentiments.

Die Autorin verfolgt die Darstellung und Interpretation des Soldaten vom I. Weltkrieg über die Freikorpsverbände und die Autoren des sogenannten neuen Nationalismus.

Der Band ist deshalb so lesenwert, weil er deutlich vor Augen führt, auf welche gesellschaftlich breite Tradition der Ästhetisierung von Gewalt die Nationalsozialisten zurückgreifen konnten. Keinen Zweifel lässt die Autorin daran, dass es die extreme nationalistische Rechte war, in deren Ideologie antidemokratische Gewaltkonzepte verankert waren und die diese voran trieb. So ist der vorliegende Band wohltuend quer zur vielerorts zu findenden Interpretation eines angeblichen Weltbürgerkrieges zu lesen. Zudem macht er ästhetische Aneignungsmechanismen der extremen Rechten transparent, die modifiziert bis heute, etwa in der rechtsextremen Jugendkultur, wirksam sind.

Schulz, Petra: Ästhetisierung von Gewalt in der Weimarer Republik, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2004, 283 S., 30,- Euro.



„Rock Haine Roll“

Von Inge Stark

Das vom AutorInnenkollektiv der französischen Antifa-Zeitung „Reflex“ herausgegebene Buch „Rock Haine Roll“ (dt. „Rock Hass Roll“) befasst sich mit der Herkunft, Geschichte und den Akteuren des „Rock Identitaire“ (RIF) in Frankreich, dessen deutsches Pendant, „Identität durch Musik“ (IDM), längst nicht mehr besteht.

Mit einer Auflage von 1.000 bis 2.000 Exemplaren pro CD und durchschnittlich 150 bis 300 Besuchern ihrer Konzerte ist RIF, so die AutorInnen, eher eine Randerscheinung im Feld der extremen Rechten. Die Bedeutung und die Motivation für die vorliegende Publikation leitet sich aus dem Wirkungsfeld von RIF ab. Ihrem Selbstverständnis zur Folge ist es eine politisch-kulturelle Bewegung, die über die Besinnung auf die eigene Nation und über militantes Auftreten versucht, Jugendliche und junge Erwachsene für sich zu begeistern.

Das Buch verfolgt die Entstehungsgeschichte des Netzwerkes, benennt die Akteure, Gruppen und Label und zeigt die Verbindungen zwischen ihnen und verschiedenen Fanzines, Internetseiten und Comics. Auch die von RIF inspirierten Partnerorganisationen in Italien, Schweden, Deutschland, England, Spanien und Kanada werden mitsamt ihren Verbindungen kurz dargestellt.

Das in französischer Sprache verfasste Buch birgt für Nicht-Muttersprachler und Menschen, die nicht umfassend mit den französischen extremen Rechten vertraut sind, dennoch einige kleinere Probleme. So werden manchen Abkürzungen erst einige Seiten später oder gar nicht erklärt. Schade ist auch, dass die sehr detaillierte Darstellung die gesellschaftliche Einordnung des Phänomens vermissen lässt.

Dennoch, wer sich für RechtsRock, extrem rechte Kulturbewegungen und/oder die französische Rechte interessiert, sollte das Buch gelesen haben. Spannend ist dabei auch, was die AutorInnen von antifaschistischen Aktivitäten gegen RIF berichten.

Rock Haine Roll – origines, histoires et acteurs du Rock Identitaire Français – une tentative de contre-culture d'extrême droite. No Pasaran (ISBN: 2-914519-07-9), Paris, 2004, 12,- Euro (http://nopasaran.samizdat.net).

